Gewerbegericht für die Stadt Breslau.

Im Anschluß an unsere Bekanntmachung vom 24. November v. J. bringen wir in Ausführung der Vorschrift des § 14 des Ortsstatuts für die Stadt Breslau, betreffend das Gewerbegericht, hiermit zur Kenntniß, daß die Wahl der Beisitzer dieses Gerichts

am Mittwoch den 14. Februar 1894

und zwar für die **Arbeitgeber** von Vormittags 11 bis Nachmittags 1 Uhr
und für die **Arbeiter** von Nachmittags 5 bis Abends 8 Uhr

nach den unten bezeichneten Bezirken in den dabei angegebenen Wahllokalen stattfindet.

Wahlberechtigt sind nur diejenigen Personen, deren Aufnahme in die Wählerlisten in der Zeit vom 4. bis 17. Dezember d. J. beantragt und nicht versagt worden ist.

Wählbar sind nur solche Personen, welche das 30. Lebensjahr vollendet, in dem der Wahl vorangegangenen Jahre für sich oder ihre Familie Armenunterstützung auf Grund des Gesetzes über den Unterstützungswohnsitz nicht empfangen oder die empfangene Armenunterstützung zurückerstattet haben und in dem Stadtbezirk Breslau seit mindestens 2 Jahren wohnen oder beschäftigt sind.

Nicht wählbar sind solche Personen,

a. welche nicht Angehörige des Deutschen Reiches sind,
b. welche die Befähigung zur Bekleidung öffentlicher Ehrenämter in Folge strafgerichtlicher Verurtheilung verloren haben,
c. gegen welche das Hauptverfahren wegen eines Verbrechens oder Vergehens eröffnet ist, das die Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte oder der Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Aemter zur Folge haben kann,
d. welche in Folge gerichtlicher Anordnung in der Verfügung über ihr Vermögen beschränkt sind, endlich
e. die Mitglieder solcher Innungen, für welche ein Schiedsgericht in Gemäßheit der §§ 97a, 100d der Gewerbe-Ordnung errichtet ist, sowie deren Arbeiter.

Die Zahl der zu wählenden Beisitzer ist auf die einzelnen Bezirke procentual nach der Anzahl der Wähler vertheilt und bei jedem Bezirke in der unten folgenden Zusammenstellung angegeben.

Die Beisitzer aus dem Kreise der **Arbeitgeber** werden mittelst Wahl der Arbeitgeber, die Beisitzer aus dem Kreise der **Arbeiter** mittelst Wahl der Arbeiter bestellt.

Das Wahlrecht ist **nur in Person** und durch Stimmzettel auszuüben, welche handschriftlich oder im Wege der Vervielfältigung herzustellen sind und nicht mehr Namen enthalten sollen, als Beisitzer in der betreffenden Wahlhandlung zu wählen sind. Die zu Wählenden müssen **genau** (Vor- und Zunamen, Stand und Wohnung) bezeichnet sein.

Juristische Personen üben ihr Stimmrecht durch ihre gesetzlichen Vertreter aus.

Jeder Wähler muß sich auf Erfordern (z. B. durch Vorlegung eines Arbeits-, Krankenkassen-Mitgliedsbuchs, Militär-Attestes, Taufscheines u. s. w.) legitimiren.

Die **Arbeitgeber** haben ihr Stimmrecht in demjenigen Wahlbezirke auszuüben, in welchem sie zur Zeit der Anmeldung zur Aufnahme in die Wählerliste ihre gewerbliche Niederlassung hatten, oder in Ermangelung einer solchen wohnten, — die **Arbeiter** in demjenigen Bezirke, in welchem der Arbeitgeber, bei dem sie zur Zeit der Anmeldung zur Aufnahme in die Wählerliste in Arbeit standen, seine gewerbliche Niederlassung hatte; diejenigen Arbeiter, welche zu der fraglichen Zeit bei einem außerhalb Breslaus das Gewerbe betreibenden Arbeitgeber außerhalb des Stadtbezirks in Arbeit standen, oder welche beschäftigungslos waren, wählen in dem Bezirke, in welchem sie zu jener Zeit wohnten.

Hausgewerbetreibende wählen resp. sind wählbar als Arbeitgeber, falls sie mindestens 3 gewerbliche Arbeiter beschäftigen, anderenfalls als Arbeiter.

Den Arbeitgebern stehen hinsichtlich der Wahlberechtigung und Wählbarkeit die mit der Leitung eines Gewerbebetriebes oder eines bestimmten Zweiges desselben betrauten Stellvertreter der selbstständigen Gewerbetreibenden gleich, sofern ihr Jahresarbeitsverdienst an Lohn oder Gehalt 2000 Mark übersteigt.

Die Eintheilung der Wahlbezirke ist folgende:

Bezirk 1, enthaltend:

Am unteren Bär, Antonienstraße, An der Barbarakirche, Barbaragasse, Blücherplatz Nr. 1—11, Büttnerstraße, Burgfeld, Carlsplatz, An der Elisabetkirche, Engelsburg, Große Fleischbänke, Gerbergasse Nr. 1—7 und Nr. 12—14, Goldene Radegasse, Grenzhausgasse, Herrenstraße, Hinterhäuser, Königsplatz Nr. 7 und 8, Malergasse, Neueweltgasse, Nikolaistraße, Reußenohle, Reuschestraße, Ring Nr. 1—11, Röhrgasse, Wallstraße Nr. 21 bis 26, Weißgerbergasse.

Wahllokal: Klasse 6 der katholischen Volksschule I, Nikolaistr. 63 part.
Zu wählen: 8 Arbeitgeber und 2 Arbeiter.

Bezirk 2, enthaltend:

Altbüßerstraße Nr. 1—4 und Nr. 60—63, Altbüßerohle, Blücherplatz Nr. 12—19, Carlsstraße, An der Christophorikirche, Christophoriplatz, An der Dorotheenkirche, Dorotheenstraße, Eisenkram, Elisabetstraße, Graupenstraße, Große Groschengasse, Kleine Groschengasse, Harrasgasse, Hummerei, Junkernstraße, Königsstraße, Marstallgasse, Minoritenhof, Neuegasse Nr. 6—15, Am Rathhaus, Ring Nr. 12—28, Roßmarkt, Schloßstraße, Schloßohle, Schuhbrücke Nr. 1—7 und Nr. 78—84, Schweidnitzerstraße, Siebenradeohle, Taschenstraße, Topfkram, Wallstraße Nr. 1a bis 20, Wehnergasse, Weidenstraße, Zwingerplatz, Zwingerstraße.

Wahllokal: Sitzungszimmer des Gewerbegerichts, Stadthaus, eine Treppe hoch (Eingang Elisabetstraße).
Zu wählen: 9 Arbeitgeber und 3 Arbeiter.

Bezirk 3, enthaltend:

Albrechtsstraße, Altbüßerstraße Nr. 5—22 und Nr. 49—59, Basteigasse, Bischofstraße, Breitestraße, Catharinenstraße, Dominikanerplatz, Dominikanerstraße, Graben, Hintermarkt, Kaiserin Augustaplatz, Kätzelohle, Ketzerberg, Kirchstraße, Langeholzgasse, An der Magdalenenkirche, Mäntlergasse, Münzstraße, Neuegasse Nr. 1—5 und Nr. 16—20, Ohlauerstraße, Poststraße, Predigergasse, Ring Nr. 29—41, Schuhbrücke Nr. 8—26 und Nr. 58—77, Seminargasse, Weintraubengasse, Weiße Ohle, Ziegelgasse, Ziegengasse.

Wahllokal: Klasse 3 der evang. Volksschule 13, Kirchstr. 1/2 part.
Zu wählen: 9 Arbeitgeber und 3 Arbeiter.

Bezirk 4, enthaltend:

Altbüßerstraße Nr. 23—48, Burgstraße, Einhorngasse, Kleine Fleischbänke, Gerbergasse Nr. 8—11, Heiligegeiststraße, Kupferschmiedestraße, An der Matthiaskunst, Messergasse, Nadlergasse, Neumarkt, Oderstraße, Ring Nr. 42—60, Ritterplatz, Sandstraße, Schmiedebrücke, Schuhbrücke Nr. 27—57, Stockgasse, Tannengasse, Universitätsplatz, Ursulinerstraße.

Wahllokal: Klasse 4 der Viktoriaschule, Ritterplatz Nr. 1, eine Treppe.
Zu wählen: 6 Arbeitgeber und 2 Arbeiter.

Bezirk 5, enthaltend:

Alsenstraße, Anderssohnstraße, Bergstraße, Berliner Chaussee, Berlinerstraße Nr. 23—39, Dammstraße, Fischergasse, Friedrich-Carlstraße, Friedrich-Wilhelmsstraße 1—63a, Gürtelweg, Kleine Holzgasse, Neue Kirchstraße, Königsplatz Nr. 1—3b, Kurzegasse, Langegasse, Lorenzgasse, Ludwigstraße, Märkischestraße, Mittelgasse, Am Neukircherweg, Nikolaiplatz, Nikolaistadtgraben Nr. 1—10/11, Neue Oderstraße 1—8d, An der Posener Eisenbahnbrücke, Posenerstraße, Schweitzerstraße, Striegauer Chaussee, Striegauer Platz, Westend, Wallfischgasse.

Wahllokal: Klasse 2 der katholischen Volksschule XXXV, Neue Kirchstraße 15/16 part.
Zu wählen: 6 Arbeitgeber und 18 Arbeiter.

---

gewußt und aus den Minen glücklich nach Tomsk und später hierher geretet Dieses Album, werthe Freunde, ist aber auch ein werthvolles Buch, keine bloß kindliche Spielerei, es ist gewissermaßen ein historisches Werk, ein Sammelwerk von hoher culturgeschichtlicher Bedeutung. In diesem Album habe ich nämlich alle Photographien von Verbannten vereinigt, deren ich im Spat von Erregung verscheucht hatte, „talentvoller Photograph, intimer Freund von mir. Wurde vor fünf Jahren wegen angeblicher Mitschuld an der Verschwörung, die den Mord des Petersburger Polizeipräsidenten bezweckte, verhaftet und nach zweijähriger Gefangenschaft in der Festung Petropawlowsk nach den Minen geschickt, wo er sich voriges Jahr erhängte, weil er gepeitscht worden war."

ziefer und es befand sich in ihr weder eine Pritsche noch Kopfkissen. Das einzige Lager des Unglücklichen war der harte, schmutzige Fußboden. Dabei war die Zelle von einem unerträglichen Geruch erfüllt. Dischekulo, nach zehnmonatlichem Aufenthalt in diesem Pestloch, und um nicht wahnsinnig zu werden, schnitt sich mit einem Scherben die Pulsader auf."

„Wera Rogatscheff, Frau des Lieutenants Dimitri,

Stockgasse
Gelegenheitsk. billig
Gold. Radeg
Carl
Jah
Neusch
prechst.: 9-12, 2-5. Uni
Arac, Rum, C
ft. Original- und Tai
ft. Punsche u. Glühw
Kaiser- 2c. Pu
alle Sorten B
Annaberger Klos
1751 Mandarinen-
Chartreuse, Cur
„Nachod" Magen- u
Bitter, bekannt durch
lichen Eigensch
Breslauer Kor
empfiehlt
Hermann
BRESLAU,
im Ausschank im
im Comptoir
Fa
bester, per Pfd. 2
Kaffee, Karlsbader
aromatisch u. kräftig p
Andere Sorten von
Frank-Kaffee
Soda
Petroleum, bestes, amer
bei 10 Liter 1
Perlgraupe
Linsen, gut kochend
Kocherbsen
Bohnen
Geschälte Erbsen
Pflaumen, groß u. süß
Backobst, hochf. Mischu
Preißelbeeren
Pflaumenmus, weich
Jeder Versu
1898 E. Ada
Matthiasstr. 99 u
5 Pfen
Cigarren, prachtvol
empfiehlt und versend
H. Patsc
Altbüßers
Ecke Mess
Control-
Hü
Hut-Fa
Schmiede
19
1603
Ed. Stephan's Nachf., Nicolaistrasse 78.
Paul Werner,
Zur billigen
13 Nicolai-Strasse
Nur
5 M. 75
Herren-
Stiefel
in Zug u. Schaft.

Bezirk 6, enthaltend:

Neue Antonienstraße, Berliner Platz, Berlinerstraße Nr. 1—22c und Nr. 40—78/79 und Metahof, Friedrich-Wilhelmsstraße Nr. 63b bis 77a, Karuthstraße, Königsplatz Nr. 4—6, Mariannenstraße, Nikolaistadtgraben Nr. 12—26, Neue Oderstraße 9—14, Schwertstraße, Siebenhufenerstraße (auch verlängerte Siebenhufenerstraße), Sonnenstraße.

Wahllokal: Evang. Realschule I, Schulhaus Nikolaistadtgraben 20, Portal IV part., Zimmer 2.

Zu wählen: 3 Arbeitgeber und 6 Arbeiter.

Bezirk 7, enthaltend:

Brandenburgerstraße, Freiburgerstraße, Friedrichstraße, ungerade Nr. 87 bis Ende, gerade Nr. 100—102, Gräbschnerstraße, Neue Graupenstraße, Holteistraße, Lewaldstraße, Louisenstraße, Museumsplatz, Museumsstraße, Reichstraße, Schweidnitzer Stadtgraben Nr. 1—4, Seidlitzstraße, Theresenstraße, Telegraphenstraße, Trinitasstraße, Zietenstraße.

Wahllokal: Klasse 4 der evang. Volksschule 35, Trinitasstraße 9 part.

Zu wählen: 4 Arbeitgeber und 14 Arbeiter.

Bezirk 8, enthaltend:

Agnesstraße, Blumenstraße, Claassenstraße, Ernststraße, Freiheitsgasse, Friedrichstraße, ungerade Nr. 49—85, gerade Nr. 52—98, Gartenstraße, Höfchenstraße, ungerade Nr. 1—33, gerade Nr. 2 bis 42, Louisenplatz, Neudorfstraße, ungerade Nr. 1—11c, gerade Nr. 2—12, Am Oberschlesischen Bahnhof, Salvatorplatz, Schweidnitzer Stadtgraben Nr. 5—30, Neue Schweidnitzerstraße, Neue Taschenstraße, Tauentzienplatz, Tauentzienstraße Nr. 1—28 und Nr. 63—88, Teichstraße, Zimmerstraße.

Wahllokal: Klasse 3 der ev. Volksschule 23, Gartenstraße 11 hpt.

Zu wählen: 6 Arbeitgeber und 6 Arbeiter.

Bezirk 9, enthaltend:

Augustastraße, Charlottenstraße, Elsasserstraße, Friedrichstraße, gerade Nr. 2—50b, Gabitzstraße, Goethestraße, Höfchen-Commende, Höfchenstraße, ungerade Nr. 35 bis Ende, gerade Nr. 44 bis Ende, Kaiser Wilhelmstraße, Kronprinzenstraße, Kürassierstraße, rechte Seite, Lothringerstraße, Moritzstraße, Neudorfstraße, ungerade Nr. 13 bis Ende, Sadowastraße, ungerade Nr. 41 bis Ende, gerade Nr. 46 bis Ende, Schillerstraße, Victoriastraße.

Wahllokal: Turnhalle des Schulhauses Sadowastraße 71, Hof part.

Zu wählen: 5 Arbeitgeber und 7 Arbeiter.

Bezirk 10, enthaltend:

Bohrauerstraße, Brunnenstraße und Scherzberghaus, Georgenstraße, Lehmgrubenstraße, Lohestraße, Nachodstraße, Neudorfstraße, gerade Nr. 14 bis Ende, Sadowastraße, ungerade Nr. 1—39, gerade Nr. 2—44, Sedanstraße.

Wahllokal: Klasse 6 der kath. Volksschule XVIII, Lohestraße 22 part.

Zu wählen: 3 Arbeitgeber und 4 Arbeiter.

Bezirk 11, enthaltend:

Brüderstraße Nr. 1—17a und Nr. 32—60, Hubenstraße mit Blockhaus, Werkstätten der Oberschlesischen Eisenbahn und Gasanstalt, Hubenerweg, Königgrätzerstraße, Löschstraße, Ohlauer Chaussee, Neue Tauentzienstraße, Vorwerksstraße, ungerade Nr. 75—85, gerade Nr. 80—92a, Wolfswinkel, einschl. Milde'sche Bleiche.

Wahllokal: Klasse 5 der evang. Volksschule 19, Löschstraße 22 part.

Zu wählen: 3 Arbeitgeber und 1 Arbeiter.

Bezirk 12, enthaltend:

Bahnhofstraße, Brüderstraße Nr. 18—31b, Feldstraße Nr. 1—6, Flurstraße, Fordenbeckstraße, Fränkelplatz, Grünstraße, Ohlauer Stadtgraben Nr. 1—3, Palmstraße, Paradiesstraße, Tauentzienstraße Nr. 29—62b, Vorwerksstraße, ungerade Nr. 1—73a, gerade Nr. 2—78.

Wahllokal: Klasse 5 der evangel. Volksschule 21, Tauentzienstraße 58, part.

Zu wählen: 5 Arbeitgeber und 5 Arbeiter.

Bezirk 13, enthaltend:

Alexanderstraße, Feldstraße Nr. 7—40, Garvestraße, Klosterstraße, Lessingstraße, Lützowstraße, Margarethenstraße, Mauritiusplatz, Mauritiusstraße, Ohlauer Stadtgraben Nr. 4—29, Am Weidendamm.

Wahllokal: Klasse 4 der kath. Volksschule VIII, Klosterstraße 77, part.

Zu wählen: 6 Arbeitgeber und 8 Arbeiter.

Bezirk 14, enthaltend:

Adalbertstraße, ungerade Nr. 1—33, gerade Nr. 2—20, Auenstraße, Verlängerte Auenstraße, Am Birkenwäldchen, An Brigittenthal, Große Fürstenstraße, Kleine Fürstenstraße, Gellhornstraße, Gertrudenstraße, Am rothen Graben, Gräupnergasse, Hintergasse, Hirschstraße, ungerade Nr. 1—39a, gerade Nr. 2—40, Laurentiusstraße, Lessingplatz, Marienstraße, Maxstraße, Novastraße, Ohlaufer, Parkstraße, Paulstraße, Alt-Scheitnig, Scheitnigerstraße, Kleine Scheitnigerstraße Nr. 21—47, Schulgasse, Verlängerte Sternstraße, Thiergartenstraße, Uferstraße und Josefsburg, Strauchwehr, Wärterhaus, Schiffsbauplatz 1 und 2, Ziegeleien bei Scheitnig, An der Schwoitscher Chaussee.

Wahllokal: Klasse 3 der kath. Volksschule XXVI, Uferstraße 34/35, part.

Zu wählen: 6 Arbeitgeber und 3 Arbeiter.

Bezirk 15, enthaltend:

Adalbertstraße, ungerade Nr. 35—47, gerade Nr. 22—34, Annengasse, Bartschstraße, Vorderbleiche, Hinterbleiche, Blücherstraße, Domplatz, Große Domstraße, Kleine Domstraße, Försterstraße, Friedensburgstraße, Gneisenauplatz, Gneisenaustraße, Hirschstraße, ungerade Nr. 41—75, gerade Nr. 42—88, Neue Junkernstraße, An der Kreuzkirche, Kreuzstraße, Lehmdamm, Matthiasstraße Nr. 18—26e, Martinistraße, Michaelisstraße, Mittelfeld, Monhauptstraße, Mühlgasse, Oberschleuße, Oelsnerstraße, An der Sandkirche, Neue Sandstraße, Kleine Scheitnigerstraße Nr. 1 bis 20c und Nr. 48—69, Schleußengasse, Sternstraße, Waterlooplatz, Weinstraße.

Wahllokal: Klasse 6 der kath. Volksschule VI, Kreuzstraße 17/25, part.

Zu wählen: 8 Arbeitgeber und 9 Arbeiter.

Bezirk 16, enthaltend:

Adlerstraße, Bismarckstraße, Elbingstraße, Enderstraße, Heinrichstraße, ungerade Nr. 13—27, gerade Nr. 12—24, Humboldtstraße, Hundsfelder Chaussee, Jägerstraße, Matthiasplatz, Matthiasstraße Nr. 1—17 und Nr. 27—91, Neue Matthiasstraße, Moltkestraße, Niedergasse, Verlängerte Niedergasse und Güterbahnhof der R.-O.-U.-Eisenbahn, Güterschuppen I und II, Maschinenamt, Lokomotivschuppen Nr. 5 und Hauptwerkstatt, Ottostraße, Paulinenstraße, Rosenstraße, Seitengasse, Trebnitzerstraße, Vincenzstraße, ungerade Nr. 9 bis Ende, gerade Nr. 2 bis Ende, Waterloostraße, Weißenburgerplatz, Weißenburgerstraße, Wörtherstraße, Ziegeleien bei Friedewalde, im Mittelfeld, am Elbing.

Wahllokal: Turnhalle des Schulhauses Paulinenstraße 14 im Hofe links.

Zu wählen: 10 Arbeitgeber und 6 Arbeiter.

Bezirk 17, enthaltend:

Adolphstraße, Bergmannsstraße, Große Dreilindengasse, Kleine Dreilindengasse, Fährgasse, Göppertstraße, Heinrichstraße, ungerade Nr. 1—11, gerade Nr. 2—10, Hermannstraße, An den Kasernen, Kletschkaustraße, Körberstraße, Kohlenstraße, Liebigstraße, Linnéstraße, Magazinstraße, Matthiasstraße Nr. 92—99, An den Mühlen, Mehlgasse, Oswitzerstraße, Polincke-Aecker, Rosenthalerstraße, Roßgasse, Roßplatz, Salzstraße, Schießwerderplatz, Schießwerderstraße, Schrotgasse, Schützenstraße, Trebnitzer Chaussee, Trebnitzerplatz, Vincenzstraße Nr. 1—7, Am Wäldchen, Wassergasse, Am großen Wehr, Werderplatz, Werderstraße und die Kasernen, An der Wilhelmsbrücke, Wilhelmsplatz, Wilhelmsufer.

Wahllokal: Klasse 1 der evang. Volksschule 17, Schulhaus am Wäldchen part.

Zu wählen: 5 Arbeitgeber und 5 Arbeiter.

Denjenigen Wahlberechtigten, welche bezüglich des Bezirks, in dem sie zu wählen haben, im Zweifel sein sollten, stellen wir anheim, die Wählerlisten

vom 5. Februar d. J. ab

an den Wochentagen von 8 Uhr Vormittags bis 1 Uhr Nachmittags und von 3 bis 6 Uhr Nachmittags in unserem Bureau X, Elisabetstraße 10 III., Zimmer 52, einzusehen.

Breslau, den 6. Januar 1894.

Der Magistrat hiesiger Königlichen Haupt- und Residenzstadt.

Druck von Graß, Barth und Comp. (W. Friedrich)

Verantwortlich für Politik, Feuilleton, Volkswirthschaft: Redakteur Schade; — für den übrigen redaktionellen Theil: Otto Friedrich; — für den Inseratentheil: W. Jahn; — Schriftleitung: Kaiserstraße 46; — Expedition: Gartenstraße 46; Verlag von E. Schade & Co.; — Druck von Th. Schade — sämmtlich in Breslau.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die Interessen der Arbeiterklasse.

Mit der illustrirten Beilage die „Neue Welt“.

Die „Volkswacht“ erscheint täglich Abends außer Sonntag mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Weißgerbergasse 64, durch die Post und durch Colporteure zu beziehen. Preis vierteljährlich 3,10 Mk., pro Woche 25 Pf. Postzeitungsliste Nr. 6892.

Insertionsgebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfennige, für Vereins- und Versammlungsanzeigen 10 Pfennige. Inserate für die nächste Nummer müssen bis Vormittag 9 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 12. **Breslau, Dienstag, den 16. Januar 1894.** 5. Jahrgang.

Die Unwissenheit der Gelehrten der „Schlesischen Zeitung“ und der Anarchismus.

I.

B. G. Das Attentatsfieber hat jetzt auch bei unseren ärgsten Gegnern, und selbst bei den hasenfäßigsten Spießbürgern unter ihnen, ganz erheblich nachgelassen, und es sind ähnliche Erscheinungen, wie sie sich gleich zu Anfang gezeigt haben, unmittelbar nachdem das Bombenattentat in der französischen Kammer erfolgt war, denn doch nicht mehr hervorgetreten. Der Wahnsinn war allerdings auch zu jener Zeit bereits auf seinem Gipfel angelangt, und dasjenige unter unseren Breslauer Preßorganen, welches sich selbst für die vornehmste und bedeutendste der in Breslau erscheinenden Bourgeois-Zeitungen hält, die „Schlesische Zeitung“, hat, wie wir damals auf frischer That constatirt haben, das Tollste im Lügen, Verleumden und Unsinnschreiben geleistet. Die „Schlesische Zeitung“ ist ebenso das Organ der hoch- und niedrig-adligen schlesischen Großgrundbesitzer, wie des, dieser Menschenklasse weder an Protzenhaftigkeit noch an Ausbeutungsdreistigkeit das mindeste nachgebenden, industriellen Großbürgerthums. Sie reicht mit ihrem Einflusse bis zur äußersten stockconservativen Rechten und über die Freiconservativen hinweg weit in die nationalliberale Partei hinein. Sie repräsentirt „Besitz und Bildung“ für unseren schlesischen Osten ebenso sehr, wie die „Kölnische Zeitung“ für den rheinischen Westen. Sie kann sich die kostspieligste Redaction, die besten Mitarbeiter leisten, sie kann selbst diejenigen Leute nach Verdienst und Würden bezahlen, die auf Grund ihrer professoralen Weisheit und hohen gesellschaftlichen Stellung nur für ganze Häuflein blanken Goldes zu haben sind.

Man sollte also glauben, daß, was die „Schles. Zeitung“ zumal an leitender Stelle, schreibt, wenigstens von ihrem principiellen Standpunkt aus wohl überlegt, scharfsinnig begründet und in wissenschaftlicher Beziehung unanfechtbar sei. Besonders da sollte die „Schlesische Zeitung“ sich in ihren Leitartikeln als ausgerüstet mit der ganzen Bildung ihres Jahrhunderts erweisen, wo sie es unternimmt, nicht nur eine furchtbare Anklage zu erheben gegen eine große Partei in Deutschland, ja sogar gegen die größte politische Partei, welche es in der Culturwelt jemals gegeben hat, sondern sogar auf Grund dieser ihrer Anklage auch sogleich das Urtheil zu sprechen, ja sogar auf ein Todesurtheil zu erkennen sich erdreistet.

Ja, es ist in der That ganz ungeheuerlich! Der Leitartikel der „Schlesischen Zeitung“, den wir im Auge haben, betitelt sich: „Der Mord als politisches Princip“ und hat die Tendenz, nachzuweisen, daß wir Socialdemokraten im Grunde nichts weiter sind, als verkappte Anarchisten; daß wis mitschuldig seien an der blödsinnigen Attentäterei des Verbrechensanarchismus; daß wir in Folge dessen mit zu bestrafen und mit zu verfolgen seien für alle sogenannten anarchistischen Ausschreitungen, schon deswegen, weil das von Lassalle und seinen socialdemokratischen Gesinnungsgenossen — das heißt also von allen Socialdemokraten der letzten drei Jahrzehnte bis heut — proclamirte Recht auf Revolution die anarchistischen Attentate direct und unzweifelhaft verschuldet hätte.

Und nachdem der zweifelsohne höchste gelehrte Artikelschreiber sich zu der Behauptung verstiegen hat, daß zu den strafwürdigen anarchistischen Ausschreitungen schon die einfache Ankündigung anarchistischer Versammlungen gehöre, wie sie z. B. in Berlin noch in diesen Wochen abgehalten worden sind, schließt er mit dem Ausruf: „Nur dann ist eine Eindämmung der anarchistischen Hochfluth zu erwarten, wenn alle Staaten sich zur Verwirklichung des Grundsatzes entschließen: Tod den Mördern und den Aposteln des Mordes.“

Unmittelbar, nachdem dieser Artikel erschienen war, haben wir auf die unglaubliche Unwissenheit hingewiesen, die sich neben der Verlogenheit und Brutalität seines Verfassers darin geltend macht. Die „Schles. Zeitung“ hat die Zeit, die wir ihr seitdem dazu gelassen haben, in sich zu gehen, nicht dazu benutzt, ihre Fehler wenigstens soweit wieder gut zu machen, als vom Standpunkte der herrschenden Wissenschaft geboten und leicht möglich war.

Die Redacteure der „Schles. Zeitung“ brauchten sich nur einige von den hier in Frage kommenden Artikeln in den elf Bänden des großen deutschen Staatswörterbuches anzusehen, welches der bedeutendste der conservativen Staatsrechtslehrer Bluntschli herausgegeben hat, um sich zu überzeugen, daß es ein kolossaler Unsinn war, zu behaupten, erst Lassalle und und seine socialdemokratischen Gesinnungsgenossen hätten das Recht auf Revolution proclamirt; sie brauchten z. B. auch nur bei dem Straßburger Philosophie-Professor Dr. Ziegler sich belehren lassen, der das Recht auf Revolution grade mit Bezug auf uns Socialdemokraten als etwas wissenschaftlich Wohlbegründetes und im Grunde ganz Selbstverständliches bezeichnet hat.

Von noch viel ärgerer Unwissenheit aber zeigt das, was der Leitartikelschreiber der „Schlesischen Zeitung“ von dem russischen Revolutionär Bakunin, als dem Be-

---

Nach Sibirien verbannt.

Erzählung von Friedrich Thieme.

50]

(Nachdruck verboten.)

(Fortsetzung).

„Uebrigens“, fuhr Galuschkin fort, indem er sich erhob, um ein ziemlich dickes Buch hinter dem Spiegel hervorzuziehen, „kann ich Ihnen meinen Freund im Bilde zeigen.“

Er legte das Buch, das in seinem Aeußern einem alten Album glich, zärtlich und mit Anwendung der größten Vorsicht auf den Tisch, den er vorher sorgfältig mit seinem Taschentuche an der Stelle, worauf das Album zu liegen kam, abtrocknete.

„Das ist mein Album, mein kostbarstes Gut“, berichtete er. „Ich kannte einen alten Sträfling, der sich nicht von einem Hündchen trennen konnte und starb, als man ihm dasselbe endlich in den Minen gewaltsam entriß. Mein Liebstes ist dieses Album, von dem ich mich ebenfalls nicht trennen kann. Es hat mich begleitet durch alle Wechselfälle meines Verbannungslebens, ich habe es als Sträfling in den Minen zu verbergen gewußt und aus den Minen glücklich nach Tomsk und später hierher gerettet. Dieses Album, werthe Freunde, ist aber auch ein werthvolles Buch, keine bloß kindliche Spielerei, es ist gewissermaßen ein historisches Werk, ein Sammelwerk von hoher culturgeschichtlicher Bedeutung. In diesem Album habe ich nämlich alle Photographien von Verbannten vereinigt, deren ich im Laufe meiner zwölfjährigen sibirischen Leidenszeit habhaft werden konnte, und hinter jedem Bilde finden Sie die Geschichte der Person, soweit ich dieselbe in Erfahrung gebracht habe, vermerkt.“

„Allerdings eine werthvolle, interessante Sammlung“, stimmte Felix bei.

„Aus deren Betrachtung jedoch nicht gerade Trost zu schöpfen ist“, meinte Isabella. „Mir erscheint dieses Album ein grauenvolles, entsetzliches Besitzthum, das ich nur mit Widerstreben in die Hand nehme. Doch urtheilt selbst.“

Galuschkin schlug das Buch auf und erklärte den Gästen die einzelnen Portraits. Die Erklärungen waren in ihrer lakonischen Art die entsetzlichsten, fürchterlichsten Anklagen, welche gegen die Vergewaltiger der Menschenrechte geschleudert werden konnten, zugleich aber gaben sie in ihrer trockenen nackten Weise Lebensbilder des gräßlichsten Unglücks, der tiefsten Schmach, der gewaltigsten Verzweiflung.

„Adam Kolenkin“, erklärte der Albumbesitzer mit eintöniger Stimme, aus welcher die Gewohnheit jede Spur von Erregung verscheucht hatte, „talentvoller Photograph, intimer Freund von mir. Wurde vor fünf Jahren wegen angeblicher Mitschuld an der Verschwörung, die den Mord des Petersburger Polizeipräsidenten bezweckte, verhaftet und nach zweijähriger Gefangenschaft in der Festung Petropawlowsk nach den Minen geschickt, wo er sich voriges Jahr erhängte, weil er gepeitscht worden war.“

„Natalie Armfeld — Studentin — verhaftet wegen Theilnahme an einer Verschwörung — wurde wahnsinnig in Folge der unerträglichen Qualen, die sie in russischen Gefängnissen ausstehen mußte.“

„Alexander Wolonschenko; entfloh mit andern aus den Minen. Obgleich er mit einem seiner Mitflüchtlinge nach einer Fußreise von mehr als 1000 Meilen den Seehafen Wladiwostock erreichte, wurden beide schließlich doch wieder ergriffen und in Handschellen und Fußketten nach Kara wieder zurückgebracht. Er wurde später von den Soldaten erschossen, als er, auf das äußerste durch barbarische Maßregeln gequält, einen Stein nach einem Offizier schleuderte.“

„Dischestkalo — Freund von mir — 27 Jahre alt — politischer „Verbrecher“, wie alle in diesem Album — denn gewöhnliche Verbrecher habe ich nicht aufgenommen, schaltete Galuschkin ein — wurde nach einer Empörung im Gefängniß, die ausgebrochen war, weil man einen politischen Verbannten mit der Prügelstrafe belegt hatte, in eine Zelle geworfen, in welcher er nicht aufrecht stehen und nur sitzen oder liegen konnte. Die Zelle war mit Schmutz bedeckt, erfüllt von Ungeziefer und es befand sich in ihr weder eine Pritsche noch Kopfkissen. Das einzige Lager des Unglücklichen war der harte, schmutzige Fußboden. Dabei war die Zelle von einem unerträglichen Geruch erfüllt. Dischestkalo, nach zehnmonatlichem Aufenthalt in diesem Pestloch, und um nicht wahnsinnig zu werden, schnitt sich mit einem Scherben die Pulsader auf.“

„Wera Nogatscheff, Frau des Lieutenants Dmitri,

gründer des Anarchismus behauptet hat. Es ist ganz unverständlich, wie die „Schlesische Zeitung“ dazu kommen kann, den Satz unbeanstandet in die Welt gehen zu lassen, der da lautet: „Als Begründer des Anarchismus kann wohl der russische Nihilist Bakunin angesehen werden.“ Nicht nur der Mann, der ihn geschrieben hat, ist zweifellos ein Ignorant, sondern auch die Redacteure, die ihn passiren ließen, sind desgleichen Nichtswisser oder verrichten zuweilen ihre Redactionsarbeiten im Schlafe.

Es besteht wissenschaftlich nicht der geringste Zweifel, daß der Begründer des Anarchismus, der Franzose Pierre Jacques Proudhon ist, der 1809 zu Besançon geboren ward. Was vor der Zeit des Wirkens dieses Mannes an anarchistischen Gedanken in der Literatur auftrat, hat keinen erkennbaren Einfluß auf der Menschen Denken und Geschicke ausgeübt, ist also kaum der Rede werth. Das bedeutendste war noch das im Jahre 1793 erschienene Werk des Engländers William Godwin „Inquiry concerning political justice*) welches jede obrigkeitliche Gewalt als einen Eingriff in die private Urtheilskraft verdammte und jede Regierung aus Vernunftgründen beseitigt wissen wollte.

Erst im Jahre 1840 gewannen anarchistische Gedanken durch Proudhons Hauptschrift „Qu'est ce que la propriété? Ou recherches sur le principe du droi et de gouvernement“, zu deutsch: „Was ist das Eigenthum? Oder Untersuchungen über den Grundsatz des Rechts und der Regierung“ weitreichenden Einfluß.

Dasselbe betrachtete das Privateigenthum als die Grundlage des Rechts, der Staatswirthschaft und der Politik und suchte nachzuweisen, daß nur derjenige wirthschaftliche Verkehr als gerecht zu bezeichnen sei, bei welchem ausschließlich gleichwerthige Güter mit einander ausgetauscht werden, das heißt solche, welche durch denselben Arbeitsaufwand hergestellt worden sind. Es war nun leicht nachzuweisen, daß das herrschende Wirthschaftssystem mit diesem Grundsatze in schroffem Widerspruch steht, da der Unternehmer auf Grund der ihm durch sein Capitaleigenthum gewährleisteten Uebermacht dem Arbeiter nur einen Theil vom Ertrage seiner Leistungen zukommen läßt und sich selbst durch den übrigen Theil vom Arbeitsertrage bereichert und nach Proudhon somit zum Diebe wird.

Als Antwort auf die Frage im Titel des Proudhonschen Werkes ergab sich der lange vor Proudhon schon in den ersten christlichen Jahrhunderten von den für einen naiven Communismus begeisterten Kirchenvätern ausgesprochene Satz: „La propriété c'est le vol“, deutsch: Eigenthum ist Diebstahl.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Bundesrath. In der am Freitag stattgehabten Sitzung des Bundesraths wurde die Vorlage, betreffend die Anerkennung der belgischen Prüfungszeichen für Handfeuerwaffen in Deutschland dem betreffenden Ausschusse überwiesen. Dem Ausschußantrage über die Vorlage, betreffend die Anwendung des Militärtarifs für Eisenbahnen bei der Beförderung von Kriegs-Bedürfnissen wurde die Zustimmung ertheilt.

§ 166. Der Vorstand des Deutschen Freidenker-Bundes hat an den Reichstag folgende Petition gerichtet:

„Wir nachstehend Unterzeichneten erlauben uns hiermit, den Hohen Reichstag um gefl. Abschaffung des § 166 des deutschen Strafgesetzbuches zu bitten, welcher lautet:

„Wer dadurch, daß er öffentlich in beschimpfenden Aeußerungen Gott lästert, ein Aergerniß giebt, oder wer öffentlich eine der christlichen Kirchen oder eine andere mit Corporationsrechten innerhalb des Bundesgebietes bestehende Religionsgesellschaft oder ihre Einrichtungen und Gebräuche beschimpft, ingleichen wer in einer Kirche oder in einem anderen zu religiösen Versammlungen bestimmten Orte beschimpfenden Unfug verübt, wird mit Gefängniß bis zu drei Jahren bestraft.“

Die Aufhebung des Identitäts-Nachweises, die jetzt vom Reichskanzler in Aussicht gestellt ist, kann unter verschiedenen Formen erfolgen. Sein Wesen besteht darin, daß für ausländisches Getreide, welches den Zoll getragen hat, dieser zurückgezahlt wird, falls es zur Ausfuhr gelangt; aber es muß nachgewiesen werden, durch sichere Controle feststehen, daß es dasselbe Getreide ist, identisch mit dem wirklich eingeführten. Das ist der Sinn der Forderung des Identitäts-Nachweises.

Würde nunmehr der Identitäts-Nachweis aufgehoben, so würde also der Zoll für Getreide nicht nur dann zurückgezahlt bezw. bliebe er unerhoben, wenn dasselbe Getreide wieder ausgeführt würde, sondern auch dann, wenn ganz oder theilweise anderes Getreide wieder ausgeführt würde. Betreffs der Ausführung aber kann man sich verschiedene Formen denken, von denen insbesondere drei zur Erörterung stehen.

1. Bei jeder Ausfuhr von Getreide wird der Betrag des Zolles, welcher der auszuführenden Gattung und Quantität entspricht, dem Exportirenden gezahlt. Die Reichskasse würde dadurch keinen Nachtheil haben, so behaupten die Befürworter der Maßregel, da schon seit einer Reihe von Jahren Deutschland immer mehr Getreide ein- als ausführt; da also für jedes auszuführende Quantum sicher ein gleiches Quantum eingeführt wird, so ist die Reichskasse vor Verlusten bewahrt. Auf diese Form, ihre eventuellen Vortheile und Nachtheile einzugehen, erübrigt aber zunächst, da zwei andere Formen im Vordergrunde stehen, und die Reichsregierung schon für eine dieser sich entschieden haben soll. Es können nämlich:

2. die bei der Einfuhr von ausländischem Getreide ausgestellten Zollquittungen den Charakter von Einfuhrscheinen erhalten, d. h. dazu ermächtigen, die gleiche Quantität z. B. von Weizen zollfrei einzuführen, so daß also bei dieser Einfuhr der bei jener Einfuhr geplante Zoll zurückgezahlt würde; oder

3. es werden bei jeder Ausfuhr z. B. von Weizen Ausfuhrscheine über die betreffende Quantität ausgestellt, und diese ermächtigen zur zollfreien Einfuhr derselben Quantität Weizen.

Dabei kann, was wohl zu bemerken ist, für eine ostpreußische Ausfuhr eine Einfuhr über die deutsch-belgische oder deutsch-österreichische Grenze zollfrei bleiben, oder gegen einen durch ostpreußische Ausfuhr erlangten Einfuhrschein die Rückzahlung des Zolles bei der Einfuhr von Holland nach Rheinland-Westfalen, von Oesterreich nach Bayern erfolgen! Daß das Letztere in hohem Maße eintreten könne, befürchten die Getreideproducenten in West- und Süddeutschland. Daher ihr Widerstand gegen die Aufhebung des Identitäts-Nachweises.

Der Exkanzler und sein „Geschichtsschreiber“ Hans Blum arbeiten sich gegenseitig in eine immer unerquicklichere Situation hinein. In einer gegen Hans Blum gerichteten Erwiderung schreiben die Münchener „Neuesten Nachrichten“: „Ueber den Inhalt und den Werth des Buches von Hans Blum sprach sich Fürst Bismarck während der Festtage unserem Gewährsmanne gegenüber sehr abfällig aus.“ Ferner schreiben die „Neuesten Nachrichten“: „Auf telegraphische Anfrage sandte uns Blum einen langen, scharf polemisch[...] Brief über die Arnim-Angelegenheiten, weigerte sich aber entschieden, der Oeffentlichkeit gegenüber die Verantwortlichkeit für diesen Brief zu übernehmen und ihn zu zeichnen.“

Armer Hans Blum!

Zur Revision der Strafprozeßordnung. Mit der geplanten Einführung der Berufung gegen die Urtheile der Strafkammern und der Entschädigung unschuldig Verurtheilter soll, wie wir bereits mittheilten, auch eine Abänderung der Bestimmungen der deutschen Strafprozeßordnung über das Wiederaufnahmeverfahren erfolgen. Hierzu wird der „Voss. Ztg.“ geschrieben:

„Während nach dem früheren preußischen Recht die Aufhebung eines rechtskräftigen Strafurtheils nur stattfinden konnte, wenn dieses auf eine falsche Urkunde oder auf die Aussage eines meineidigen Zeugen sich gründete, ist nach der deutschen Strafprozeßordnung die Wiederaufnahme des Verfahrens schon dann gestattet, wenn neue Thatsachen und neue Beweismittel vorgebracht werden. Da diese Bestimmung bisher wiederholt zu einer Freisprechung von Verurtheilten geführt hat, die keineswegs als unschuldig Verurtheilte anzusehen waren, so wird, wie wir erfahren, deren Abänderung dahin beabsichtigt, daß sie nicht mehr dem Schuldigen und mit Recht Verurtheilten die Möglichkeit bietet, das rechtskräftige Urtheil zu beseitigen und sich der verhängten Strafe insbesondere in den Fällen zu entziehen, in denen zwischen Verurtheilung und Wiederaufnahme ein größerer Zeitraum liegt, so daß die belastenden Beweismittel, beispielsweise wegen inzwischen erfolgten Ablebens der Zeugen, nicht nochmals zur Geltung gebracht werden können.“

Es würde sich somit um eine Erschwerung des Wiederaufnahmeverfahrens handeln. Daß selbst unter der Voraussetzung der Einführung der Berufung die Justiz dadurch etwas gewinnen kann, vermögen wir nicht einzusehen.

Ueber die in Aussicht genommene Regelung der Entschädigung unschuldig Verurtheilter erfährt dasselbe Blatt noch Folgendes:

„Während die deutsche Strafprozeßordnung nur besagt, daß nothwendige Auslagen eines unschuldig Verurtheilten aus der Staatskasse erstattet werden können (§§ 499, 505), also eine Entschädigung von überaus dürftiger Natur in das Ermessen des Richters stellt, soll künftig dem unschuldig Verurtheilten die volle Entschädigung, soweit diese überhaupt möglich, als ein Recht zugebilligt werden. Die Entschädigungspflicht des Staates erstreckt sich nicht auf solche im Wiederaufnahmeverfahren freige[...]

*) Untersuchungen betreffend die politische Gerechtigkeit.

Rogatscheff, eines jungen Artillerieoffiziers, der in Zwangsarbeit schmachtete, hat sich wegen Mangel an Nahrung erschossen.“

„Muischkin — Schriftsteller — als besonders gefährlich bezeichnet — wurde vor drei Jahren in Ketten von Kara nach Petersburg geschickt, um für immer in den Verließen der Festung Schlüsselburg zu verschwinden. Wahrscheinlich weilt auch er nicht mehr unter den Lebenden.“

So ging es fort in derselben monotonen Form. Galuschkin erschien den Anwesenden wie ein Ausrufer eines Panoramas, welcher mit prahlerischer Seelenruhe dem Publikum das gräßliche Schauspiel einer Hinrichtung oder eines Brandes ausmalt.

Endlich nahmen die Bilder ein Ende.

Sophia athmete auf — diese fürchterlichen Darstellungen waren nicht geeignet, den Fliehenden Muth einzuflößen.

„Das letzte Bild“, sagte der Erklärer, der es fast zu bedauern schien, daß die blutige Galerie schon geschlossen sei, „ein interessanter, hübscher, bemitleidenswerther, junger Mann. Er war aus Moskau —“

„Victor!“ schrie Sophia entsetzt auf, nachdem sie einen Blick auf die Photographie geworfen hatte.

„Victor Sidorski“, bestätigte Galuschkin mit etwas mehr Wärme als bisher. „Ein Prachtmensch, Fräulein, Sie kennen ihn?“

„Halten Sie ein, Galuschkin“, fiel ihm Isabella hastig in's Wort, „sehen Sie denn nicht, daß Sie Fräulein Sidorski tödten —“

„Sidorski — Sie?“ fragte Galuschkin bestürzt. „Ist sie —“

„Seine Schwester“, rief Casimir Czartoryski.

Sophia rang mühsam nach Fassung — Felix hielt sie fest umschlungen und suchte ihr Trost zuzusprechen.

„Mein Bruder —“ fragte sie mit bebendem Munde, „was — ist — mit — ihm?“

Galuschkin vermochte nicht zu antworten.

„Was ist mit ihm?“ wiederholte sie noch lauter. „Wir haben nie wieder etwas von ihm gehört. „Ist er todt?“

„Ja“, erwiderte der Besitzer des Albums leise und mit ernst.

„Wie starb er? Sprechen Sie?“

Das junge Mädchen schien plötzlich ruhig geworden, mit zitternder Hand hatte sie die Thräne, welche leuchtend über ihre Wange perlte, getrocknet und nun saß sie wieder da, äußerlich ruhig und gefaßt, ob auch in ihrem Innern der Schmerz heftiger tobte wie draußen im Freien der wilde Orkan.

„Ich erhielt sein Bild in den Minen“, fuhr Galuschkin mit bewegter Stimme fort, wohin er direct von Moskau aus gebracht worden war, weil er einen Gefangenwärter zu Boden geschlagen hatte. Wir waren nur wenige Wochen zusammen, doch lange genug, um innig einander anzuschließen. Ein anderer Verbannter, ein Photograph, der nicht zu Zwangsarbeit verurtheilt war und in einer Kammer sein früheres Geschäft hin und wieder ausübte, photographirte ihn heimlich und schenkte mir das Bild für mein Album. Drei Tage vorher, ehe ich entlassen und hierher gebracht wurde, erkrankte er am Typhus und eben als ich mit mehreren anderen das Gefängniß verließ brachten sie seinen Leichnam heraus. Verzeihen Sie liebe Freunde“, schloß der Verbannte seinen Bericht, „daß ich so plötzlich zum Ueberbringer so leidvoller Botschaft geworden bin. Hätte mir Herr Czartoryski den Namen des Fräuleins genannt, so würde diese peinliche Scene vermieden worden sein.“

„Es giebt Aufregungen, in welchen man bloße Förmlichkeiten als etwas Niedriges vermeidet“, entschuldigte sich der Pole.

„Es ist gut so wie es ist“, beruhigte auch Felix den guten Galuschkin, „meine arme Braut besitzt nun wenigstens Gewißheit über das Schicksal ihres unglücklichen Bruders, wenn auch eine schreckliche, und die Leiden der folternden Unsicherheit, unter denen sie bisher geseufzt, bleiben ihr fürder erspart.“

„Ihm ist wohl“, fügte Sophia schmerzlich hinzu. „Ich danke Ihnen, Herr Galuschkin.“

Doch dieser ehrliche Mann setzte sich nicht so leicht über seine Ungeschicklichkeit hinweg.

„Ich Dummkopf hätte so etwas vermuthen müssen“, murmelte er ärgerlich. „als ich den Namen Volkoffski hörte. Denn von einem Felix Volkoffski hatte Victor schon zwei oder drei Mal in meiner Gegenwart gesprochen.“

(Fortsetzung folgt.)

sprochene frühere Verurtheilte, die ihre Verurtheilung absichtlich herbeigeführt hatten, und ebenso soll eine Entschädigung nicht stattfinden, wenn in dem Wiederaufnahmeverfahren keine Freisprechung, sondern nur ein milderer Strafsatz erzielt worden ist. Die Entschädigungsfrage soll nicht zum Gegenstande einer richterlichen Entscheidung gemacht werden, da es sich um die Ausgleichung eines Conflicts des formellen Rechts mit einer höheren materiellen Gerechtigkeit handelt, es soll vielmehr die oberste Justizverwaltungsbehörde des betreffenden Staates über den Entschädigungsanspruch entscheiden, nachdem die vorbereitenden Handlungen durch das freisprechende Gericht ausgeführt worden sind. Die Staatskasse kann gegen den Schuldigen die Klage auf Ersatz des Schadens erheben."

Aus jeder Blume saugen die Officiösen Honig zu Gunsten der deutschen Reichspostverwaltung. Jetzt haben sie das „Journal des Débats" erwischt, in welchem Klage darüber geführt wird, daß die Zahl der Postanstalten und Briefkasten in Paris zu gering sei. Paris mit seinen rund 2 300 000 Einwohnern verfügt über 106 Post- und Telegraphen-Anstalten und 1080 Postbriefkasten. In Berlin —, so lautet nun das officiose Loblied auf unsere herrlichen Zustände — sind bei 1 600 000 Einwohnern 114 Post- und Telegraphenanstalten und 920 Briefkasten vorhanden. Es entfallen mithin in Paris je eine Verkehrsanstalt auf 21 000, je ein Briefkasten auf 2130 Einwohner; in Berlin dagegen je eine Verkehrsanstalt auf 14 000 und je ein Briefkasten auf 1730 Einwohner.

Großartig! Nur ist dabei übersehen, daß in Berlin bei den Postanstalten unverhältnißmäßig mehr zu thun ist, als bei denen in Paris. Im deutschen Reiche hat die Post das Packetmonopol von Stadt zu Stadt, in Frankreich nicht, vom Verkauf der socialpolitischen Marken ganz abgesehen. In Paris sind die pneumatischen Briefkasten leistungsfähiger als die Briefkasten in Berlin. Im Uebrigen wäre es von den Officiösen principiell gescheidter, nicht an die Berliner Briefverhältnisse zu erinnern, so lange das Zehnpfennigporto besteht gegenüber dem Dreipfennigporto der sehr leistungsfähigen Privatbeförderungs-Anstalt.

Ein trefflich unterrichtetes Organ ist die „Freis. Ztg.". Dieses Blatt schreibt:

„Der Anarchist Reclus, der bekanntlich (!) der Brüsseler Universität als Professor der Geographie angehörte, ist nunmehr aus dem Universitätsverbande entlassen (!) worden.

Confessionelles Geplänkel. Die klerikale Berliner „Germania" enthielt eine Anzeige, in welcher um Beiträge für den Bau einer katholischen Kirche in Gera gebeten und am Schluß beigefügt wurde:

„Herr Missionspfarrer Redel in Altenburg u. s. w. nehmen auch die kleinste Gabe dankbarst entgegen."

Dazu bemerkt die nationalliberale „Geraer Ztg.":

„Beachtung verdient, daß der Pfarrer in Altenburg Missionspfarrer genannt wird. Demnach stecken wir nach Ansicht der Herren noch im tiefsten Heidenthum."

Darauf entgegnet wieder die klerikale „Köln. Volkszeitung":

„Wir möchten der Redaction rathen, nicht so leichtfertig confessionelle Hetzerei zu treiben. Bekanntlich werden alljährlich in Deutschland, auch in ganz katholischen Gegenden, Hunderte von „Missionen" (geistliche Uebungen für das Volk) gehalten. Mit genau demselben Rechte, wie aus der herkömmlichen Bezeichnung der Pfarrer in der Diaspora als „Missionspfarrer", könnte aus der Veranstaltung der „Missionen" geschlossen werden, nach Ansicht der Veranstalter stecken die betreffenden katholischen Gemeinden „noch im tiefsten Heidenthum"."

Wenn die beiden Confessionen sich derart gegenseitig bekämpfen und sogar — was übrigens öfters vorkommt — einander „Heidenthum" vorwerfen, dann wird ihren Angriffen auf das „Heidenthum" der Ungläubigen auch nicht allzuviel Bedeutung beizumessen sein. Auch wird den Laien das Glauben schwer, wenn die Geistlichen und Wortführer so gänzlich uneinig sind.

Kein Nothstand! Der Tumult vor der Wärmehalle in Berlin, den der officiöse Telegraph am 10. dieses Monats in tendenziöser Weise zu einer geplanten Revolte aufbauschte, hat sich nach den jetzt eingelaufenen Nachrichten in einfacher Weise abgespielt. Wieder hatten Hunderte beinahe zwei Stunden vergeblich auf Eintritt in den überfüllten Raum geharrt. Frost und Hunger machen ungeduldig und so erhob sich denn in noch stärkerem Maße als am Sonnabend ein Tumult und ein Drängen, dem wiederum Thürfüllungen und Fensterscheiben zum Opfer fielen. Uebrigens haben die Tumulte doch eine begrüßenswerthe Reform zur Folge gehabt: Die Wärmehalle am Alexanderplatz bleibt seit gestern bis zehn Uhr Abends geöffnet. Personen, welche kein Obdach haben oder finden, können des Nachts in den Wärmebögen bleiben und auf den Bänken schlafen; diese Nachtgäste müssen jedoch Morgens um 6 Uhr, nachdem sie Kaffee und zwei Schrippen erhalten haben, die Halle verlassen. Täglich, Morgens und Abends wird wird jetzt Suppe vertheilt; am Sonntag wurden ca. 2000, gestern ca. 3000 Portionen umsonst ausgegeben.

Gleich traurigere Meldungen kommen aus Wien (dort haben in der Nacht vom Montag auf Dienstag 29 4 Obdachlose die städtischen Asyle besucht) und Paris, aus London und New-York und in allen kleineren Städten herrscht verhältnißmäßig dasselbe grauenhafte Elend — Folgen der capitalistischen Productionsweise, die allen Palliativmittelchen trotzend, jedes Jahr in verstärktem Maße auftreten, bis der unvermeidliche Zusammenbruch erfolgt. Dies immer weiteren Kreisen zum Bewußtsein zu bringen und sie zum Eintreten in den Kampf für Herstellung einer Ordnung, in der Alle menschenwürdig leben können, zu begeistern, ist die Aufgabe der Socialdemokratie.

Ausland.

Schweiz.

Mit einem Fluche über die heutigen socialen Zustände auf den Lippen ist im Spitale der frommen Stadt Basel, wohin man ihn gebracht hatte, ein unterkunftsloser armer Teufel gestorben, der beide Beine erfroren hatte. Ein Fluch klingt freilich nicht schön, am allerwenigsten aus dem Munde eines Sterbenden. Allein wer vermöchte zu leugnen, daß dieser Fluch dem Sinne nach seine Berechtigung hat?

Fürwahr, eine verlotterte Gesellschaft, der sogar die Sterbenden fluchen!

Italien.

Die gegenwärtige Lage erinnert lebhaft an die in den Jahren 1847 und 1848. Ueberall regte es sich damals. Hier eine Demonstration, dort ein kleiner Putsch. Dann wieder Ruhe, und plötzlich eine größere Demonstration, ein größerer Putsch, bis schließlich, nach vielfachen Pausen und Unterbrechungen die Putsche und die Demonstrationen sich zu einer Revolution zusammenthaten, die zwar nur vorübergehenden Erfolg hatte, aber doch den Sturz der damaligen Ordnung der Dinge vorbereiteten. Das heutige Königreich Italien ist das Product, das praktische Ergebniß jener revolutionären Demonstrationen und Putsche der Jahre 1847 und 1848. Und es ist nicht blos ein Bibelspruch, sondern auch ein geschichtliches Entwickelungs-Gesetz: daß die Mittel, durch welche ein Mensch oder ein System sich auf Kosten anderer in die Höhe gebracht hat, ihm auch zum Verderben gereichen, oder wie die Bibel sich ausdrückt: Womit Du gesündigt hast, damit wirst Du bestraft werden, wer das Schwert zieht, wird durch das Schwert untergehen. Und — wer die Revolution benutzt und fälscht, um sich zu erhöhen, der geht durch die Revolution unter. Louis Philipp, der Bürgerkönig, hat das erfahren. Und das Königshaus der Piemontesen, das eine ähnliche Rolle gespielt, ist jetzt daran, es zu erfahren. Es ist möglich, daß die gegenwärtigen Putsche und Aufstandsversuche noch einmal gewaltsam zurückgedrängt werden, und daß ihnen eine Pause vergleichsweiser Ruhe folgt; gewiß aber ist in jedem Falle, daß der Boden, auf dem die Monarchie steht, ganz unterhöhlt ist, und daß unter ihm der Vulkan der Revolution brodelt und gährt.

Kein Zweifel, der Anfang vom Ende ist gekommen — im günstigsten Falle erkämpft Crispi mit blutiger Hand — und er hat den Muth des Verbrechers — noch eine kurze Galgenfrist für die Monarchie, deren Todtengräber er sein wird, wenn ihn selbst nicht sehr bald das Schicksal ereilt.

Es liegen ferner folgende Depeschen vor:

Rom, 10. Januar. Bei den gestrigen Unruhen in Corato riefen die Tumultuanten: „Es lebe Sicilien! Hoch Frankreich!" In Neapel werden die Haussuchungen bei den Anführern der Arbeiterbünde und die Verhaftungen der Anführer mit der Begründung fortgesetzt, daß diese Verbindungen verbrecherische seien. Die Behörden von Neapel haben strenge Maßregeln getroffen, um jeden Versuch von Ruhestörung zu unterdrücken. Heute Nachmittag sind 5 Transportdampfer mit Truppen von dort nach Palermo abgegangen; eine große Menschenmenge wohnte der Abfahrt bei. In Bologna ordnete die Präfectur die Auflösung des dortigen Arbeiterbundes an. In Turin, wo einige Verhaftungen von Anarchisten vorgenommen wurden, richtet die Polizei ihr besonderes Augenmerk auf die Zuzüge von der französischen und schweizerischen Grenze. — In Mantua, Brescia, Macerata und Ancona kamen einige unbedeutende Kundgebungen seitens der Anarchisten vor.

Rom, 10. Januar. Wie der „Agenzia Stefani" aus Modena gemeldet wird, veranstalteten 1000 zur Fortschaffung des Schnees verwendete Arbeiter in Finale dell' Emilia eine Demonstration, indem sie die zur Dienstleistung einberufenen Militärpflichtigen zum Bahnhofe begleiteten, Arbeiterlieder anstimmten und Hochrufe auf den Deputirten Agnini ausbrachten. Nach Finale dell' Emilia wurden Truppenverstärkungen entsandt.

Mantua, 10. Januar. Eine Anzahl beschäftigungsloser Arbeiter begab sich vor das Stadthaus und verlangte unter aufrührerischen Rufen Arbeit. Die Demonstranten wurden ohne Anwendung von Gewalt zerstreut.

Amerika.

Die Vorgänge auf Hawaii scheinen nicht ganz so ernsthaft gewesen zu sein, wie die ersten telegraphischen

---

Im Anfang der Inquisition.

(Fortsetzung.)

Die religiöse Verfolgung in Spanien wurde durch den Fall Granadas nicht nur gegen die Mauren, sondern auch gegen die Juden erhöht. Die Geistlichkeit, gegen die maurische Cultur erbost, veranlaßte die menschenfreundliche Königin, dennoch den Einflüsterungen ihres Beichtvaters Torquemada nachzugeben, und das in Verfall gerathene Gericht gegen Ketzerei, das „heilige Amt" (el santo offizio) als eine königliche Behörde wieder ins Leben zu rufen, während Ferdinand es auch im Interesse der Politik verwendete, um Adel und Volk in Unterwürfigkeit zu halten und sich an den eingezogenen Gütern der unglücklichen Opfer zu bereichern.

Im Jahre 1481 wurde das Ketzergericht in Sevilla eröffnet und nach zwei Jahren auch vom Papste bestätigt. Torquemada war der erste königliche Generalinquisitor. Der Gerichtshof zu Toledo allein brachte in einem einzigen Jahre über 3000 Processe gegen die Ketzer zu Ende.

Das Dominikanerkloster zu Sevilla reichte bald nicht mehr für die zahlreichen Verhafteten aus, und der König räumte daher dem Gerichte eines seiner Schlösser ein. Bis zu dem Rücktritte Torquemada's (1498), also innerhalb von 17 Jahren, hatte er etwa 2000 Menschen lebendig verbrennen und hunderte durch die Folter versöhnen lassen. Nach Acten, welche in Madrid aufgefunden und erst kürzlich veröffentlicht worden sind, starben von 1481—1808 nicht weniger als 31,912 Personen auf dem Scheiterhaufen, 291,456 Personen waren mit Folter, Kerker, Galeere, Gütereinziehung (sic Erwerbung des Privateigenthums!) und Bestrafung durch Aussprechung der über Infamie ganze Familien im Namen des „heiligen Amtes" bestraft worden, daß daher ein derartiges Mordgericht das Volk in seinem Innersten empört, aufgerüttelt und zum denken gezwungen hatte, und bald den Samen der thatsächlichen Revolution auf religiösem Gebiete in alle Länder Europas trug, ist klar. In Aragonien ernannte Torquemada 1484 den Domherrn Peter Arbues de Epila zum Ketzerrichter von Saragossa. Diese Ernennung des bekannten Blutmenschen stieß auf heftigen Widerstand in allen Ständen des Volkes. Trotzdem wurde die feindliche Haltung des Volkes gegen ihn nicht berücksichtigt, und die Folge dessen war, daß sich eine Verschwörung zur Ermordung des verhaßten Ketzerrichters, der unbeirrt zahlreiche „Autos da Fe" (d. h. Glaubensacte) mit allen dabei üblichen gräßlichen Gräueln vollziehen ließ, bildete.

Die Verschworenen zeichneten eine Summe von 10,000 Gulden zur Ausführung ihres Unternehmens, obwohl es nicht leicht war, den Entschluß auszuführen, denn Arbues wußte recht gut, wie verhaßt er war, und war deshalb auf seiner Hut. Er trug unter seiner Mönchkutte einen Panzer und einen Helm unter seiner Capuze. Endlich gelang es den Verschworenen, eine Gelegenheit zu erhaschen, als Arbues nach einem Ketzergerichte, für dessen Erfolg er in der Stiftskirche des Nachts betete, stieß ihm einer der Verschworenen den Dolch in das Genick. Er wurde für seine „heiligen Thaten" vom Papste Alexander VII. 1661 „selig" gesprochen und 1867 vom Papste Pius IX. unter die Heiligen versetzt. Trotz aller dieser Erfahrungen verschärfte man das Gerichtsverfahren gegen die unglücklichen Menschen, die in die Gewalt jener Horde gerathen sind. Gelang es der Monarchie im Anfange, den Rechtszustand in Spanien gegen den Adel mit den gegründeten „Brüderschaften" (Hermandades) herzustellen, so waren dieselben jetzt eine Organisation in Händen der Inquisition in Bezug der verfolgten Mauren und Juden, welche sie auch weidlich ausnützten.

(Schluß folgt.)

Literarisches.

Etienne Cabet und der Ikarische Communismus. Mit einer historischen Einleitung von Dr H. Lux. 294 und XII Seiten. Preis broschürt Mk. 1,50, geb. Mk. 2. — (18. Band der Internationalen Bibliothek I. Serie.) Verlag von J. H. W. Dietz in Stuttgart. — Inhalts-Verzeichniß. Einleitung: Frankreich am Vorabend der großen Revolution. Die französische Restauration. Von der Restauration bis zur Februar-Revolution. — Cabet als Politiker. — Cabet als Communist. — Die Reise nach Ikarien. — Die ikarische Bewegung. — Ikarien verwirklicht. — Gründung der Colonie. — Die Ikarier in ihrem Heim. — Streit und Trennung. — Der Ausgang Ikariens. — St. Louis und Cheltenham. Die Majorität. Neu-Ikarien. Jung-Ikarien. Ikaria Speranza. — Schlußbemerkungen. — Anhang: Communistisches Glaubensbekenntniß. — Literatur.

Nachrichten vermuthen ließen. Die Londoner „Times" erhielten aus Washington Mittheilungen, welche bestätigen, daß die provisorische Regierung sich geweigert hat, zu Gunsten der Königin abzudanken. Wegen dieser Weigerung ließ der Vertreter der Vereinigten Staaten, Willis, Mannschaften von den amerikanischen Kriegsschiffen auf der Rhede von Honolulu landen, aber die anfängliche Meldung über blutige Straßenkämpfe und die Abreise des Gesandten wird nicht bestätigt. Willis verlangte weitere Instruction. Mittlerweile scheint die Regierung der Vereinigten Staaten einzulenken und auf Wiedereinsetzung der Königin verzichten zu wollen, da die Anwendung von Gewalt gegen die provisorische Regierung nicht geboten erscheint. Im Senat in Washington wurde eine angeblich die Anschauungen der Regierung vertretende Resolution eingebracht, die sich gegen die Annexion Hawaiis ausspricht, das Fortbestehen der provisorischen Regierung befürwortet und ferner erklärt, die Einmischung fremder Mächte in die politischen Angelegenheiten der Sandwichsinseln würde als unfreundliche Handlung gegen die Regierung der Vereinigten Staaten betrachtet werden.

Parteiangelegenheiten.

Marx' „Capital" drittes Buch, ist nunmehr im Druck begriffen und wird hoffentlich spätestens im September d. J. erscheinen können. Der Inhalt dieses langerwarteten dritten Buches wird den theoretischen Theil des Werkes abschließen, so daß dann nur noch das letzte, vierte Buch zu erwarten bleibt, das einen historisch-kritischen Ueberblick über die Theorien vom Mehrwerth enthalten wird. Das erste Buch zeigt, wie der Mehrwerth des Capitalisten aus dem Arbeiter herausgeschlagen wird, und das zweite Buch, wie dieser zunächst in Product bestehende Mehrwerth in Geld realisirt wird. In diesen beiden ersten Büchern handelt es sich also nur vom Mehrwerth, so lange er noch in der Hand seines ersten Aneigners, des industriellen Capitalisten sich befindet. Er bleibt aber nur zum Theil in der Hand dieses ersten Aneigners; er wird später vertheilt an verschiedene Interessenten in Form von Handelsprofit, Unternehmergewinn, Zins, Grundrente; und die Gesetze dieser Vertheilung sind es, die im dritten Buch dargelegt werden. Mit der Production, der Circulation und der Distribution des Mehrwerths ist aber dessen ganzer Lebenslauf abgeschlossen, und weiter nichts über ihn zu sagen. Außer den Gesetzen der Profitrate im allgemeinen werden in diesem dritten Buch untersucht: Handelscapital, zinstragendes Capital, Credit und Banken, Bodenrente und Grundeigenthum, Gegenstände, durch welche, im Anschluß an die in den beiden ersten Büchern behandelten Themata, die auf dem Titel versprochene „Kritik der politischen Oekonomie" sich erschöpft.

Genosse Hülle, Redacteur der „Thüringer Tribüne" zu Erfurt wurde wegen Beleidigung des Landraths zu drei Monaten Gefängniß verurtheilt.

Aus Anhalt werden eine Reihe Fälle gemeldet, welche deutlich erkennen lassen, wie auch dort die Behörden keine Gelegenheit vorübergehen lassen, den Socialdemokraten ihre besondere Aufmerksamkeit zu widmen, wobei es einzelnen Organen recht oft passirt, ihre Gesetzesunkenntniß in hellstem Lichte erscheinen zu lassen. In Coswig waren zwei Genossen angeklagt, ohne polizeiliche Genehmigung Eintrittsgeld in einer öffentlichen Versammlung erhoben zu haben. In erster wie in zweiter Instanz erfolgte Freisprechung, da ein Verbot der Polizei, Eintrittsgeld zu erheben, unzulässig sei. — In demselben Orte hatten bei Abhaltung des Vergnügens eines Rauchclubs es sich zwei Polizisten erlaubt, in die betreffenden Localitäten einzudringen. Sie wurden natürlich zurückgewiesen, wobei sie von seiten einiger Genossen eine Gesetzesbelehrung mit auf den Weg bekamen. Die dabei gefallenen Bemerkungen sollten Beamtenbeleidigungen enthalten haben. Die kürzlich stattgefundene Verhandlung endete mit Freisprechung.

Todtenliste der Partei. In Fürth ist Genosse Bollmann (Buchdrucker) gestorben und unter der Theilnahme von wohl tausend Personen beerdigt worden. Zahlreiche Kranzspenden und Deputationen von den umliegenden Orten waren Beweise der Achtung, die Bollmann als Genosse in weitesten Kreisen genossen hatte. Mit dem durch einen Arbeiter-Gesangverein vorgetragenen Lied: „Ein Sohn des Volkes will ich sein", verabschiedeten sich die Freunde Bollmann's von dessen Grab.

In Leipzig wurde am 9. dieses Monats der Parteigenosse Heinrich Runge, begleitet von einigen hundert Parteigenossen, zur letzten Ruhe gebracht.

Deutscher Reichstag.

Original-Berichte der „Volksmacht."

26. Sitzung.

Sonnabend, den 13. Januar 1894. — 2 Uhr.

Das Handels-Provisorium zwischen dem Reich und Spanien wird in dritter Lesung genehmigt, worauf die erste Berathung der Tabaksteuer-Vorlage fortgesetzt.

Abg. Dr. Hammacher (natl.), der dem von dem Abgeordneten Rickert bei der zweiten Lesung vorgetragenen Wunsche widersprochen hatte, eine Erweiterung der Rechte der Krone im Paragraph 6a des Zollgesetzes vom Jahre 1879 vorzunehmen, so daß auch die Verlängerung bestehender Verträge durch kaiserliche Verordnung, vorbehaltlich der Genehmigung des Reichstages erfolgen kann; eine solche Bestimmung würde die Rechte des Reichstages beeinträchtigen.

Abg. Rickert (freis. Ver.): Eine solche Absicht habe ihm fern gelegen, es genüge, wenn die Regierung von seinem Wunsche Kenntniß genommen. Auch in anderen Ländern stehe der Krone das vom Redner gewünschte Recht zu.

Abgeordneter Dr. Hammacher: Gegen die Absicht Rickerts sei nichts einzuwenden, nur gehe es nicht an, daß neue Abkommen einseitig durch die Krone in Kraft gesetzt werden. Die Folgen seien zu schwerwiegend; man brauche sich nur zu vergegenwärtigen, wohin es führen würde, wenn Rußland auf demselben Wege die Meistbegünstigung bewilligt würde.

Abg. Clemm (Ludwigshafen natl.): Da auf eine Reichseinkommensteuer doch keine Aussicht ist, meine ich, daß jeder ernste Politiker von einem Zurückkommen auf diesen Gegenstand Abstand nehmen sollte. Was nun die Tabaksteuervorlage anlangt, so glaubte man bei Erlaß des letzten Gesetzes, daß die Normirung des Zollschutzes auf 40 Mk (45 Mk. Steuer und 85 Mk. Zoll) dem Tabakbau einen genügenden Schutz bieten würde. Diese Erwartung hat aber getäuscht. Außerdem ist die Steuer von 45 Mk. eine zu hohe, zumal die Pflanzer zu sehr von den Händlern terrorisirt werden. In Verbindung mit Tabakpflanzern haben meine Freunde und ich schon wiederholt eine Erhöhung des Zolles erbeten, aber immer vergeblich. Das neue Gesetz nun, diese Vorlage, kommt den Pflanzern entschieden entgegen, so nament ich durch Aufhebung der Steuern. Aber der Zoll wird gleichzeitig herabgesetzt, und das hat seine großen Bedenken. Es erhöht das die Concurenz des ausländischen Tabaks. Fast unannehmbar macht uns die Vorlage der Umstand, daß der Zoll auf Rauchtabak — den doch gerade die Aermeren rauchen — im Verhältniß zu dem Zoll auf Cigarren so hoch bemessen ist. Das lieg auch nur im Interesse der Cigarrenfabrikation und ist ja auch nur dadurch durchgesetzt worden, daß an der Enquete die Bremer und Hamburger Händler viel mehr hinzugezogen wurden, als unsere Tabakebauer. Einen Raubbau — als eine Folge dieses Gesetzes — befürchte ich nicht. Auch erscheint mir die Vorlage keineswegs wegen der Controlbestimmungen unannehmbar. Für einen Fehler halte ich dagegen die Ausnahmebestimmungen in den §§ 25–25e. Es liegt gar kein Grund vor, den Behörden die Befugniß zu geben, die alten Bestimmungen wieder in Kraft zu setzen. Für die Fabrikanten bringt die Vorlage allerdings manche Hindernisse, die Agitation derselben ist aber viel zu weit gegangen. Den Lohn für diese Agitation haben die Tabakfabrikanten ja auch erhalten durch die schon gestern von dem Abgeordneten Meister erwähnte Denkschrift auf den Cigarrenarbeiter-Congreß. Da heißt es: „Mit den Arbeitern sind diesmal die Fabrikanten zusammengegangen; das ist ein Schauspiel für Götter!" Diese Denkschrift hat sich auch gegen die Tabakbauer gewendet. Das kann mich aber nicht abhalten, die Interessen auch der Tabakbauer gegen die Cigarrenarbeiter zu vertreten. Sollte diese Vorlage abgelehnt werden, so werde ich deshalb auch sofort hier einen Antrag auf Erhöhung des Tabakzolles um 60 Mark einbringen.

Abg. Schneider (freis. Volksp.): Die Hauptfrage ist und bleibt, wer die Fabrikatsteuer tragen soll? Ich hätte nicht erwartet, daß man etwa wieder sagen würde: das Ausland trägt sie. Aber doch hat der Herr Schatzsecretär es so dargestellt, als würde in der That der ausländische Tabakbau die Kosten tragen. Ich wüßte wirklich nicht, wie man das nachweisen will. Die Absicht, den theueren Tabak höher zu besteuern, als den weniger werthvollen, wird auch nicht verhindern, daß dennoch die große Masse der Wenigbemittelten den Löwenantheil der Steuer aufzubringen hat. Soll doch auch der Schneidetabak künftig 66⅔ Mk. Zoll tragen! Der Herr Schatzsecretär stellte in Abrede, daß ein Consum-Rückgang eintreten werde. Aber in der Vorlage selbst wird das doch zugegeben, indem bei der Berechnung des finanziellen Ertrages mit einem Rückgang gerechnet wird und zwar mit einem solchen von ⅕ bei Cigarren und 1/12 bei anderen Fabrikaten. Auch daß Arbeiter-Entlassungen stattfinden würden, bezweifelt der Herr Schatzsecretär, indem er überhaupt die Angaben über die Zahl der Tabakarbeiter in Deutschland für übertrieben erklärte. Aber diesen Punkt hat schon Herr Frese gestern genau klar gestellt. Die Entlassung von mindestens 26,000 Arbeitern würde danach zweifellos sein, wenn die Vorlage durchgeht. Namentlich würden zahlreiche kleine selbstständige Cigarrenfabrikanten in die Reihe der Beschäftigungslosen zurücktreten, ebenso viele kleine Händler. Auf diese will freilich der Herr Unterstaatssecretär, der gestern sprach (Schraut) keine Rücksicht nehmen. Aber wenn so viele kleine Händler verschwinden, würde das Angebot von Tabakfabrikaten sich verringern, und das würde wieder auf den Absatz zurückwirken. Auch die kaufmännischen Angestellten in der Tabakbranche sollte doch einigermaßen berücksichtigt werden, sie würden bei rückgängigem Absatz in großer Zahl entlassen werden. Erwägt man das Alles, so ist die Ziffer von 26 000 gefährdeten wirthschaftlichen Existenzen sicher nicht zu niedrig gegriffen. Einen eigenthümlichen Eindruck muß es doch machen, wenn wir immer die Versicherung hier von den verbündeten Regierungen entgegennehmen müssen: „es mag Euch Alles nichts; wenn die Vorlage nicht angenommen wird, kommt sie doch immer wieder!" Wir müssen der Regierung sogar die moralische Berechtigung absprechen, die Industriellen immer und immer wieder in solcher Weise zu beunruhigen. Und wenn über die Agitation der Industriellen gegen die Vorlage geklagt wird, nun — es wäre doch geradezu gewissenlos von den Industriellen, wenn sie sich gegen solche Bedrohungen ihrer Existenz nicht wehrten. Redner geht dann näher auf die Belästigungen durch die Controlbestimmungen ein. Am meisten würden unter denselben wiederum die Kleinbetriebe leiden. Zur Zeit wird man ungefähr rund ⅘ aller Betriebe zu den Kleinbetrieben zu rechnen haben und ein sehr großer Theil derselben würde die Nachtheile, welche ihnen diese Steuervorlage bringt, nicht aushalten können. Auch einen Druck auf die Löhne würde die Vorlage nach sich ziehen, und das wäre um so bedauerlicher, als man doch nicht nur einen wirthschaftlichen [illegible] haben, wenn er ebenso sehr einen [illegible] hat, wenn die [illegible] und der Lohn sich erhöht. Wir auch von diesen culturellen Gesichtspunkten aus ist diese Vorlage zu verwerfen. Wer ist denn nun eigentlich derjenige, der durch die Vorlage befriedigt wird? Die Regierungen meinen: die Landwirthschaft! Aber auch diese sind nicht befriedigt, denn sie verlangen ja noch einen höheren Zoll! Die Industriellen sind selbstverständlich im höchsten Maße ungehalten, und die [illegible] man auch [illegible] nicht be-

greifen, wie die Regierung mit solcher Halsstarrigkeit bemüht sein kann, diese Steuer dem Reichstage zu octroyiren. Wir hier werden gegen diese Vorlage stimmen, die man ebenso gut wie eine „Steuer"-Vorlage eine Vorlage zur Vorbereitung des Tabakmonopols nennen könnte. Und wenn die Regierung mit solchen Vorlagen kommt, darf sie sich nicht wundern, wenn die nächsten Wahlen noch ungünstigere Resultate für sie bringen.

Bayerischer Finanzminister Riedel: Auf Details will ich nicht näher eingehen, weil das ja ohnehin in der Commission geschehen wird. Ich will nur das Wort nehmen, weil auch der finanzielle Erfolg der Vorlage bestritten worden ist. Meine Herren, um den finanziellen Erfolg ist mir nicht bange, sobald nur einmal erst die Sache in normale Bahnen gelenkt sein wird. Zwei Punkte werden dem Consumrückgang entgegenwirken. Einmal die Gewohnheit, das Rauchbedürfniß, und zweitens die Findigkeit der Industrie. 1879 fürchtete man auch den Consumrückgang und mit mehr Recht, weil damals die Steuer und Zollerhöhung eine relativ viel stärkere war. Trotzdem ist seit 1879 der Rückgang nicht eingetreten. Und so wird es auch diesmal kommen. Die bayerische Regierung steht unbedingt auf dem Boden des Entwurfs, weil derselbe im finanziellen Interesse der Einzelstaaten liegt. Ich wiederhole, die Befürchtungen wegen des Consumrückganges sind nicht begründet. Und ich kann auch nicht zugeben, daß durch diesen Entwurf die Kosten der Militär-Vorlage auf die Schultern der Minderbemittelten gelegt werden. Wäre das richtig, was der Abgeordnete Meister über das Schicksal der Cigarrenarbeiter sagte, so wäre es am besten, aus den noch übrig gebliebenen Exemplaren des Entwurfs Fidibusse zu machen. (Heiterkeit.) Die ganze Agitation der Industriellen geht dahin, den Tabak überhaupt nicht zum Steuerobject zu machen. Wollte man dem Vorschlag folgen, lieber die directen Steuern in den Einzelstaaten zu erhöhen, so würden hinterher die Wähler sehr bald ihrem Gewählten Vorwürfe machen und sagen: es wäre doch besser gewesen, wenn diese Vorlage angenommen worden wäre! Einen Verzicht auf die Vorlage können die verbündeten Regierungen nicht aussprechen. Eine Erhöhung der directen Steuern in den Einzelstaaten wurde ein Raubbau an dem Wohlstande der Nation sein. In der ganzen dreitägigen Debatte habe ich keinen anderen gangbaren Weg gehört. Unser Vorschlag beseitigt alle Härten und Ungerechtigkeiten der bisherigen Tabaksteuer und unterbindet keineswegs der Tabakindustrie die Lebensader. Daß die Vorlage als Etappe zum Monopol von den Regierungen geplant sei, ist grundfalsch. Es hat auch gar keinen Sinn, an das Monopol zu denken, wenn auf dem Wege der Fabrikatsteuer die erforderlichen Erzeugnisse gewonnen werden. Wenn wir den Tabakbau so, wie dies durch die Vorlage geschieht, fördern, so ist das nicht blos etwas Agrarisches, sondern es liegt auch im Interesse der Arbeiter und der Industrie. Die Controle ist so gering als möglich für den Tabakhandel und kann ihn unmöglich schädigen. Auch die Controle für die Fabrikation verlangt nichts als — einen ehrlichen Geschäftsbetrieb, eine Ordnung in der Buchführung, wie sie schon im Interesse eines ordentlichen Geschäftsganges an und für sich liegt. Leichtere Controlbestimmungen, als sie hier vorgeschlagen sind, werden Sie überhaupt nicht beschließen können. Aber schlagen Sie Besseres vor in der Commission, so werden Sie ein starres Festhalten bei uns nicht finden. Der Entwurf macht auch keineswegs die Hausindustrielle Fabrikation unmöglich. Der Angelpunkt ist die Zeit, wo die Steuer erhoben wird. Und die Bestimmungen hierüber sind gerade im Interesse der kleinen, der Hausindustrie getroffen, wie überhaupt im Interesse der Industrie. Wir wollen, daß die Industrie so viel als möglich freies Spiel hat. Und deshalb kann auch dieser Entwurf nichts weniger als eine Etappe zum Monopol sei. Das Urtheil des Publikums ist nur dadurch getrübt worden, daß eine Reihe von Gruppen von Interessenten hier in den Vordergrund getreten sind. Aber nur eine Gruppe von Interessenten hat sich nicht gemeldet: die Gruppe derer nämlich, welche schließlich die Zinsen zu bezahlen habe, wenn die Vorlage abgelehnt wird. So viel ist sicher, daß wir, wenn die Vorlage abgelehnt wird, nicht nur noch 9 Millionen brauchen, wie ein (Fritzen) gemeint hat, sondern etwa 40 Millionen! Ich kann ja hier nur von meinem engeren Vaterlande sprechen. Aber da muß ich sagen: wenn nichts geschieht, dann werden wir in Bayern — zu einer Erhöhung der directen Steuern schreiten müssen. Und ob die schwachen Schultern dann besser daran sind, als wenn sie hier die indirecten Steuern vermehren, das überlasse ich Ihrem eigenen Urtheil. Sie sprechen davon, daß wir hier die Zahl der Unzufriedenen vermehren. Ja, dem entgehen Sie überhaupt nicht! Prüfen Sie den Entwurf vorurtheilsvoll (Heiterkeit), vorurtheilsfrei und genau! Ich habe das Vertrauen, daß sie ihn dann annehmen werden!

Abg. Frhr. v. Hammerstein (conf.): Der Gedanke an Arbeiter-Entlassungen in der Tabakbranche mag für Bayern weniger beunruhigend sein, als für andere Staaten; in ganz sind nur 5642 Tabakarbeiter vorhanden, während in meinem Wahlkreis allein 3000 solcher Arbeiter vorhanden sind. Wird die Vorlage abgelehnt, so werden allerdings die vom bayerischen Finanzminister angedeuteten Folgen eintreten. Für den Reichstag ist es immer mißlich, neue Steuern vorzuschlagen; aber die Tabaksteuer war sicher nicht die einzige, die in Betracht kam; aus der Börsensteuer, aus einer Luxussteuer hätten sich wohl größere Erträge erzielen lassen; auch der Frage der Biersteuer hätte näher getreten werden können, denn das Bier ist seinem Werth nach mit 4 pCt. besteuert; der Bierconsum zeigt eine rapid steigende Tendenz, während der Tabakconsum sich nur mäßig steigert. Die Frage, ob der Tabakconsum zurückgehen wird, ist schwer zu entscheiden, eben so die Frage der Arbeiter-Entlassungen; für die letztere giebt die Statistik keinen Anhalt, denn diese betrifft immer nur den Rohtabak, und dieser kann voll verbraucht werden, ohne daß die Zahl der bisherigen Arbeiter beschäftigt wird; es fragt sich, ob der Tabak zu Cigarren oder zu Pfeifentabak verarbeitet wird. Daraus, daß die 79er Steuererhöhung keine nachtheiligen Folgen für die Industrie hatte, kann noch nicht gefolgert werden, daß das Gleiche auch jetzt der Fall sein werde. Ohne der Humanität der Fabrikanten zu nahe zu treten, muß ich doch die Befürchtung aussprechen, daß sie die älteren Arbeitskräfte entlassen werden, wenn Entlassungen nöthig sind, denn zur Tabakfabrikation sind junge flinke Hände besser zu gebrauchen, als alte Arbeiter; die Fabrikanten werden also alte Arbeiter

entlassen, der Noth gehorchend, nicht dem eigenen Triebe! (Ruf: Die Regierung geht ja mit gutem Beispiel voran!) Das weiß ich nicht, kann es also auch nicht sagen. Besonders schwer würde die westfälische Industrie getroffen werden, die dann die billigen Sorten nicht mehr herstellen kann, die Fabrikation nach Süddeutschland verlegen müsse, um die dortigen billigen Arbeitslohne auszunützen, dies aber auch nicht kann, da die Leute durch kleinen Grundbesitz gefesselt sind. Ich freue mich, als Agrarier hier für die Förderung der Industrie eintreten zu können. Das wichtigste Bedenken gegen die Vorlage sind die Arbeiter-Entlassungen, ich glaube nicht, daß diese in der Commission werden beseitigt werden können.

Abg. Böckel (Antisemit): Die Vorlage ist nicht verbesserungsfähig, weil im Princip falsch und auch in den Einzelheiten nicht verbesserungsfähig. Wir werden das Gesetz ablehnen, denn es würde zum Ruin weiter Kreise des Mittelstandes beitragen. Die Arbeitslosigkeit ist so groß, daß wir es nicht verantworten können, von neuem Arbeitslose zu schaffen. Dem kleinen Mann ist der Tabak das einzige Genußmittel, das wir ihm nicht vertheuern dürfen. Auch sollte man in den Einzelstaaten an eine geordnete Finanzwirthschaft gehen, ehe man mit neuen Reichssteuern kommt. Die ganze Finanzwirthschaft im Reiche ist verkehrt, man braucht Geld und schließt Handelsverträge, bei denen die Millionen zum Fenster hinausgeworfen werden. Wir haben den Ausschlag bei der Militär-Vorlage gegeben, (Lachen) aber wir haben nicht an die Tabaksteuer gedacht. Aus der Börse könnten leicht 25 Millionen gewonnen werden, ebenso viel würde eine Wehrsteuer ergeben. Jagdscheine, Totalisator und Wettrennen könnten leicht den Rest von 6 Millionen aufbringen. Warum machen wir keine Luxussteuern, die doch in Frankreich erhoben werden; die Wehrsteuer sollte nach dem Vermögen erhoben werden; wenn die Juden dabei tüchtig blechen müssen, so schadet das nicht. (Heiterkeit.) Man klagt seitens der Regierung über die Agitation; man spricht von demagogischer und wüster Agitation, fürchten wir uns doch davor nicht; nun, aus dem gährenden Most gewinnt man den guten Wein. Will die Regierung keine Agitation, so ziehe sie ihre Vorlage zurück. Wären unsere Landleute so gut organisirt wie die Tabakarbeiter, so würden sie mehr erreichen. Man rügt, daß die Petitionen auch von Schuhmachern unterschrieben sind. Was schadet das? Mancher Schuster ist besser als mancher Minister. (Heiterkeit.) Hier betont man die Interessen der Landwirthschaft, aber die soll man bei den Handelsverträgen vertreten, aber in dem ganzen neuen Curs steckt gar kein Curs. Für neue Steuern schwärmt heute kein Mensch und da verlangt man von der Tabak-Industrie, sie solle selbst Vorschläge zu ihrer Besteuerung machen, man droht ihr vom Regierungs-Tische, sie werde nicht zur Ruhe kommen, bevor sie höher besteuert sei, ist so etwas zu glauben? Die Industrie muß zur Ruhe kommen. Bringen Sie doch mal Stimmen aus Bauern-Vereinen für die vorliegenden Fabrikatsteuern! Die landwirthschaftlichen Vereine, in denen sich meist höhere Beamte befinden, sind mir nicht ganz maßgebend. Herr von Stumm meint, die entlassenen Arbeiter könnten sich der Landwirthschaft zuwenden; dann müssen sie ihre Pressen und Fabrikations-Geräthe verbrennen. Herrn v. Stumms Auffassung scheint zu sein, wir schaffen die socialpolitischen Gesetze ab, die doch nur Socialdemokraten züchten und kaufen jedem Arbeiter eine lange Pfeife. Auch die Angriffe der „Kreuzzeitung" gegen den Reichskanzler scheinen keine Folgen zu haben. Das Tischtuch zwischen diesem und den Conservativen scheint keineswegs zerschnitten zu sein. Warum haben die Conservativen nicht vor den Wahlen gesagt, der Tabak müsse mehr bluten; das wäre eine schöne Wahlparole gegen die Cons. gewesen. Der Tabaksarbeiter würde sich für diese Erklärung bedanken. Redner wiederholt die Erklärung des Reichskanzlers, worin dieser zugesagt haben soll, keine Consum- oder sonstige Steuer zu verlangen, welche die kleinen Leute drückt. — Wir haben geglaubt, daß das Wort eines preußischen Generals noch etwas werth sei. (Der Präsident ruft wegen dieser Aeußerung den Redner zur Ordnung) Der Reichskanzler kann noch tausend Militärvorlagen bringen, nicht eine bekommt er von uns bewilligt. (Heiterkeit.) Am besten ist es, diese Vorlage so schnell wie möglich zu begraben.

Staatssecretär Graf v. Posadowski: Wenn von hier aus die Agitation gegen die Vorlage gerügt worden ist so war damit nicht die Agitation des Vorredners gemeint, denn diese befindet sich bereits auf dem todten Geleise. (Na, na!) Die Regierung hat es abgelehnt, Petitionen zu Gunsten der Vorlage zu Stande zu bringen. Das mag ein geeignetes Verfahren in Volks-Versammlungen sein; die Regierung kann ein solches nicht billigen, legt auch auf Petitionen, die nach öffentlichen Aufruf zu Stande kommen, keinen großen Werth. Die hier gehaltenen Reden werden kaum einen Eindruck auf diejenigen machen, die bereits Stellung zur Vorlage genommen, aber ich hoffe, diese Reden werden die Meinungen im Lande geklärt haben zu Gunsten der Vorlage. — Redner bleibt dabei, daß die Zahl der Tabakarbeiter mit 160,000 zu hoch gegriffen sei, höchstens könnten 130,000 angenommen werden; er nehme auch, im Gegensatz zu dem Abg. v. Hammerstein an, daß die Humanität der Unternehmer Arbeiterentlassungen vermeiden werde. In Wahlversammlungen, das ist zuzugeben, dürfte es kaum angezeigt erscheinen, über neue Steuern zu sprechen, Redner wendet sich gegen einzelne Aeußerungen der Vorredner, um diesen gegenüber seine früheren Darlegungen aufrecht zu erhalten. In allen anderen europäischen Staaten ist der Tabak seinem Werthe nach höher besteuert als bei uns, von keiner Seite ist der Beweis angetreten, daß der Tabakconsum so belastet sei, daß die Bevölkerung ihn nicht tragen könne. Der vorgeschlagene Austrag einer Erhöhung der Matrikularbeiträge ist unangbar; auch könnten die Reichstagsabgeordneten doch nicht den Einzelstaaten Vorschriften machen bezüglich der Verwaltung ihrer Finanzangelegenheiten. Die Einführung einer Wehrsteuer ist heute weniger zu empfehlen als früher denn heute bleiben nur noch die Krüppel vom Dienste verschont. Die vielfach gewünschte Erhöhung der Börsensteuer würde den gehofften Ertrag nicht ergeben, weil die Börsengeschäfte abnehmen würden. Auf eine Anfrage an die Einzelstaaten ist mir mitgetheilt, daß die Erhöhung der Einkommensteuer zur Deckung des Defizits im Reich bis zu 75 pCt. betragen würde. (Hört! hört!) Unter diesen Umständen ist es besser, wenn der Consument seinen Tabak etwas theurer bezahlte, als wenn diese Vorlage abgelehnt wird und damit eine starke Erhöhung der directen Steuern in den Einzelstaaten nöthig wird.

Abg. Rösicke (wildlib.) spricht die Erwartung aus, daß der Reichstag sich seiner früheren Beschlüsse, auf die Brausteuer nicht zurückzukommen, erinnern werde, auch wenn er die Vorlage ablehne. Der Gedanke der Reichseinkommensteuer ist nicht so verwerflich, wie man es hier darstellen will. Würde man z. B. die Einkommensteuer der Personen, die ein Jahres-Einkommen über 3000 Mark haben, verdoppeln, so würde sich wahrscheinlich im Reiche ein Ertrag von 56 Millionen ergeben. Man wird aber nicht sagen können, daß dadurch der Wohlstand schon ruinirt wird, wie man es vom Regierungstische her behauptet. Selbst auf die Gefahr hin, das Gespenst der Brausteuer heraufzubeschwören, will Redner gegen die Vorlage stimmen.

Hierauf vertagt sich das Haus auf Montag, den 15. d. M., 1 Uhr: Fortsetzung der Debatte und Wahlprüfungen.

Schluß 5¾ Uhr.

Breslauer Nachrichten

Breslau, den 15. Januar 1894.

Gewerbegericht für die Stadt Breslau.

Wie durch den Magistrat bekannt geworden, findet die Wahl der Beisitzer des Gewerbegerichts

am 14. Februar 1894

und zwar für die Arbeiter von Nachmittags 5 bis Abends 8 Uhr nach den bezeichneten Bezirken in den dabei angegebenen Wahllocalen statt.

Die zur Betreibung der Agitation für die Gewerbegerichtswahlen gewählte Commission ersucht darum diejenigen Gewerkschaften Breslau's, welche bisher versäumten, ihre Candidaten, die sie am 14. Februar als Beisitzer gewählt wissen wollen, der Commission bekannt zu geben, umgehend Schritte zuthun, daß die eventl. Candidaten, unter Angabe des genauen Namen, Stand und Wohnung derselben, dem Obman der Commission:

Herrmann Hübenett, Steinmetz,
Ohlauerstraße 87, IV.,

zur Kenntniß gebracht werden, damit die Aufstellung der Candidaten-Liste erfolgen kann.

[Einkommensteuer-Veranlagung.] Die „Nord. Allg. Ztg." bringt unter Anderem folgende Mittheilungen über die Ergebnisse der Einkommensteuer-Veranlagung für 1893.94. Wir entnehmen daraus, daß bei einer Bevölkerung von 30 018 017 Köpfen bei der Veranlagung der physischen Personen 2 479 788 Censiten veranlagt wurden. Steuerfrei blieben 21 070 481 Personen, deren Einkommen 900 Mark nicht überstieg. Weiterhin wird noch ausgeführt:

Die 43 920 neu zur Einkommensteuer Herangezogenen vertheilen sich also mit 34 650 auf die Städte und 9270 auf das platte Land. Das veranlagte Einkommen der physischen Personen bezifferte sich in Mark:

	1893.94	1892.93
für alle Censiten	5 725 338 364	5 724 323 767
davon entfallen		
auf die Städte	3 878 910 364	3 873 315 496
das platte Land	1 846 428 000	1 851 008 271

Während also das Einkommen aller Censiten um 1 014 597 Mark höher ermittelt wurde, stellte sich das für die städtischen Censiten um 5 594 768 Mark höher, dasjenige der ländlichen indessen um 458 027 Mark niedriger. Das Durchschnittseinkommen eines Censiten stellte sich auf Mark:

	1893.94	1892.93
überhaupt	2308	2350
in den Städten	2685	2732
auf dem platten Lande	1783	1824

Von den einzelnen Regierungsbezirken weist wiederum Wiesbaden mit 3528 Mark (gegen 3813) das höchste Durchschnittseinkommen auf, während am niedrigsten stehen: Arnsberg mit 1673 (gegen 1669), Trier mit 1727 (gegen 1774), Stade mit 1823 (gegen 1895) und Gumbinnen mit 1861 (gegen 1896) Mark. Für die Stadtkreise stellt sich das Durchschnittseinkommen eines Censiten auf Mark

	1893.94	1892.93
	2972	3060
am niedrigsten stehen wieder wie im vorigen Jahre:		
Linden	1629	1584
Bochum	1664	1677
Spandau	1669	1764
während die höchsten Stellen behauptet haben:		
Frankfurt a. M.	5308	5916
Bonn	4690	4611
Wiesbaden	4484	4643
Düsseldorf	3867	4176

Vergleicht man mit diesen Zahlen das für Berlin mit

	2843	2932

ermittelte Durchschnitts-Einkommen, so ergiebt sich, daß die Landeshauptstadt die übrigen durchaus nicht so sehr an Reichthum überragt, wie gemeinhin angenommen zu werden pflegt. Das für alle physischen Personen ermittelte Sollaufkommen an Steuer mit

	1893.94 Mk.	1892.93 Mk.
	183 797 945	114 788 [illegible]
vertheilt sich auf die Städte	83 763 440	84 318 [illegible]
das platte Land	80 084 505	80 471 [illegible]

dasselbe ist mithin gesunken in den Städten von 100 auf 99,3 und auf dem platten Lande auf 99,5 Mark. In Procenten des veranlagten Einkommens stellt sich der Steuerbetrag im Durchschnitt auf

	1893.94	1892.93
überhaupt	1,99	2,01
in den Städten	2,16	2,19
den Stadtkreisen insbesondere	2,29	2,31
auf dem platten Lande	1,63	1,66

Auf jeden Kopf der Bevölkerung entfallen in den Städten 7,01 Mark an Einkommensteuer (gegen 7,14 im Vorjahr) und auf dem platten Lande 1,66 Mark (gegen 1,69).

[Außerordentliche Stadtverordneten-Versammlung.] Heute Montag ist eine außerordentliche Sitzung der Stadtverordneten anberaumt worden, auf deren Tagesordnung als wichtigster Gegenstand die Fortsetzung der Berathung über die vom Magistrat beantragte Canalgebühr steht. Die übrigen Vorlagen betreffen: die Wechselcöten, das Allerheiligen-Hospital, das Wenzel-Hancke'sche Krankenhaus, die Jagdnutzung zu Riemberg, Stauffen, Jaeckel und Vogtswalde, die Rodeländereien zu Herrnprotsch, die Gas- und Wasserwerke, das Elektricitätswerk, den Packhof, Volksschul-Angelegenheiten, endlich die Restauration im Birkenwäldchen.

[Ueber die Wiedereinführung des polnischen Unterrichts] wollen die „B. Pol. Nachr." wissen, daß es sich nur darum handelt, an Stelle des in der Provinz Posen zugelassenen Privat-Unterrichtes in der polnischen Sprache einen facultativen Unterricht in der polnischen Sprache von der Mittelstufe an aufwärts einzuführen.

[Die für die nächste Landtagstagung vorbereitete Eisenbahnvorlage] kann, wie der „Berl. Act." vernimmt, dem Abgeordnetenhause nicht so bald zugehen, wie dies gewünscht wurde. Die Verzögerung findet ihren Grund jedoch keineswegs in dem Mangel einer Verständigung des Ministers der öffentlichen Arbeiten mit dem Finanzminister, sondern in der Nothwendigkeit von Verhandlungen mit einigen Nachbarstaaten, die noch nicht zum Abschluß gebracht werden konnten. Der Abschluß dürfte indeß in den nächsten Wochen erfolgen und die Vorlage dann wahrscheinlich noch im Februar an das Abgeordnetenhaus gelangen. Die Vorlage wird namhafte Credite für den Bau von Nebenbahnen, für den Umbau von Bahnhofsanlagen und Bahnstrecken und zur Ergänzung des rollenden Materials in Anspruch nehmen.

[Verpfändung von Eisenbahnen.] Bei der dem preußischen Landtage zugedachten Vorlage wegen Verpfändung von Eisenbahnen handelt es sich um die Wiederaufnahme eines gesetzgeberischen Planes, welcher schon 1879.80 den Reichstag beschäftigt hat, zunächst aber zu keinem Ergebniß gelangt ist. Er ist damals nicht wieder aufgenommen worden, weil durch die inzwischen eingeleitete Verstaatlichung der preußischen Privatbahnen das Bedürfniß zu gesetzlicher Ordnung der Frage geschwunden war. Die Entwickelung des Kleinbahnwesens, zu der das Gesetz über Kleinbahnen und Privatanschlußbahnen vom 28. Juli 1892 den Anstoß geben sollte und zum Theil auch gegeben hat, stellt, so schreibt ein Hamburgisches Blatt, die Frage jetzt wieder auf die Tagesordnung. Der Gesetzentwurf steht noch nicht in allen Einzelheiten fest. Aber über die Grundlinien besteht volles Einverständniß, und die noch bleibenden Einzelfragen werden sich voraussichtlich rasch erledigen lassen, so daß der Landtag bald nach seiner Eröffnung mit der Vorlage wird befaßt werden können. In mehr als sechszig Paragraphen sollen die Errichtung von Bahngrundbüchern, die dinglichen Rechte an den Bahnen im Allgemeinen, Theilschuldverschreibungen auf den Inhaber, Zwangsvollstreckung, Zwangsliquidation geregelt und die förderlichen Schlußbestimmungen getroffen werden. Die gesetzgeberischen Vorschläge bewegen sich zwar in der Richtung der dem Reichstage seiner Zeit gemachten Vorlage, weichen aber im Einzelnen mehrfach von ihnen ab.

[Alters- und Invaliditäts-Versicherung.] Die auf Grund des Alters- und Invaliditäts-Versicherungs-Gesetzes erforderlichen Geburtsurkunden sind von den Geistlichen unentgeltlich auszustellen. Gegen Mißbrauch können sich die Geistlichen durch den Vermerk schützen: „Nur giltig für die Zwecke des Gesetzes vom 22. Juni 1889."

[Vortrag.] Mittwoch, den 17. Januar, Abends 8 Uhr, findet ein freireligiöser Vortrag des Predigers Tschirn mit Discussion statt und zwar im Saale der Wilhelmsburg, Neudorfstraße 54, über das Thema: Biblische und natürliche Schöpfungsgeschichte der Mensch-

heit. Karten im Vorverkauf 10 Pf., an der Abendkasse 20 Pf.

[Ethische Cultur, Abtheilung Breslau.] Dienstag, den 16. Januar, Abends 8½ Uhr, veranstaltet die Abtheilung Breslau der Deutschen Gesellschaft für ethische Cultur in ihrem Vereinslocale, Albüßerstraße 11, 1. Etage, eine Versammlung zur Fortbildung des hygienischen Cursus. Den Vortrag hat wiederum Herr Dr. Alb. Sachs übernommen, welcher diesmal über „die Jugend-Erziehung vom hygienischen Standpunkte" sprechen wird. Im Anschluß hieran sei bemerkt, daß die Sonntags-Lesehalle der obigen Gesellschaft, vielfach geäußerten Wünschen entsprechend, vom nächsten Sonntag an schon 9 Uhr Vormittags geöffnet werden soll. Schluß der Lesezeit wie bisher 10 Uhr Abends. Da die Bibliothek der Lesehalle durch Zuwendung einer großen Zahl höchst werthvoller und interessanter Bücher eine bedeutende Bereicherung erfahren hat, sei der Besuch derselben nochmals bestens empfohlen.

[Vom eigenen Vater angeklagt.] Ein Seitenstück zum „patriotischen Großvater". Der Handarbeiter Tillner hatte sich in fremden Ländern ehrlich durchgeschlagen. Nie kam er mit dem Gesetz in Conflict oder schrieb um Unterstützung an seine Eltern. Da ward seine Mutter schwer krank und sein Vater benachrichtigte ihn davon mit der Aufforderung, er solle sofort heimkommen. Der Sohn kam. Das war im December vorigen Jahres. Der Sohne war in kleine pecuniäre Verlegenheiten gekommen. Anstatt nun mit seinem Vater zu reden, öffnete er ein dem Vater gehöriges Geldkästchen mit einem falschen Schlüssel und stahl 10 Mark daraus. Der Vater erstattete sofort Anzeige. Vater und Sohn standen sich deshalb vor Gericht gegenüber. Der Angeklagte macht den Eindruck eines biederen Burschen. Sein Vater gab ihm auch das beste Zeugniß. „Er war sonst gut", sagte er über ihn aus. „Hätte er von mir Geld verlangt, so hätte ich es ihm gegeben. Aber stehlen dürfen meine Kinder nicht." Der Angeklagte gestand seine Schuld unumwunden ein. Die königl. Staatsanwaltschaft beantragte wegen Einbruchdiebstahls vier Monate Gefängniß. Das Gericht verurtheilte ihn dem Antrage gemäß. Hätte der Vater das Leben im Gefängniß gekannt — er würde gewiß seinen unbescholtenen Sohn dorthin nicht geschickt haben. Ein ernstes, eindringliches Wort von Vaters Lippen hätte unbedingt mehr genützt.

[Personalnotiz.] Die Rentmeisterstelle bei der hiesigen königl. Kreiskasse ist dem königl. Rentmeister Hellweger an Stelle des mit dem 1. dies. Monats in den Ruhestand getretenen Rentmeisters Wendeler verliehen worden.

[Zusammenstoß.] Am 12. d. Mts., Vormittags, stießen auf der Neuen Graupenstraße ein Kohlenwagen und ein Motorwagen zusammen, wobei der Vorderperron des Motorwagens erheblich beschädigt wurde.

[Ueberfahren.] Am 12. d. Mts., Nachmittags, versuchte auf der Neuschestraße ein Handelsmann den Vorderperron eines vorüberfahrenden Pferdebahnwagens zu besteigen, glitt aber aus und wurde überfahren. Der Mann, welcher mehrere Rippenbrüche erlitten hatte, wurde nach dem Allerheiligen-Hospital überführt.

[Unglücksfall.] Als am 12. d. Mts., Vormittags, ein mit Eis beladener Hördlerwagen die Kaiser-Wilhelmstraße entlang fuhr, wurde der nebenhergehende Kutscher von einem Pferdebahnwagen zu Boden gerissen und überfahren, wodurch er eine schwere Verletzung des linken Beines erlitt. Der Verunglückte wurde nach seiner Wohnung auf der Lehmgrubestraße geschafft.

[Einbruchsdiebstahl.] In der Nacht zum 11. d. Mts. wurde aus einem Kellerraum auf der Marienstraße mittels Einbruchs eine größere Partie Bett- und Leibwäsche gestohlen.

[Polizeiliche Meldungen.] Gefunden: ein werthvolles Opernglas von Elfenbein, ein goldener Ring und rumänische Coupons. — Abhanden gekommen: ein Opernglas, ein goldenes Armband, ein Portemonnaie mit 3 Mark Inhalt und eine Schildpattlorgnette. — Gestohlen: einem Restaurateur auf der Rosenthalerstraße ein Pferdegeschirr. — Verhaftet am 12. d. Mts.: 51 Personen.

Große Volksversammlung.

Die gestern im großen Saale der „Concordia", Margarethenstraße 17, abgehaltene Volksversammlung war außerordentlich zahlreich besucht; hunderte von Personen mußten wegen Ueberfüllung des Locals wieder umkehren. Nach Eröffnung der Versammlung und der Bildung des Bureaus sprach der Reichstagsabgeordnete für Breslau-Ost, Genosse Franz Tutzauer, in fast einstündiger, mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Rede über: „Die Stadtverordnetenwahlen und die Gewährung des Bürger- und Wahlrechts an alle Steuerzahler",*) an die sich eine kurze Discussion knüpfte. Darauf kam folgende Resolution zur Abstimmung und einstimmigen Annahme:

„Die heute, am 14. Februar, tagende Volksversammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden und beauftragt das Bureau in der Versammlung in Verbindung mit dem von der socialdemokratischen Parteiconferenz im vorigen Jahre gewählten Comitee Namens der heutigen Versammlung bei dem Magistrat eine Petition einzureichen, in welcher die Gewährung des Communal-Wahlrechts an alle männlichen Einwohner Breslaus, die ein Einkommen von 660 Mark haben, soweit sie sonst den in der Städteordnung festgesetzten Bestimmungen Genüge leisten, auf Grund des § 77 Abs. 1 des Einkommensteuergesetzes vom 24. Juni 1891 gefordert wird."

Ferner gelangte nachstehende Resolution einstimmig zur Annahme:

„Die heutige Volksversammlung erklärt die geplante Canalisationssteuer oder „Canalgebühr", nach welcher alle Einwohner für jedes heizbare Zimmer, das sie bewohnen, mit 4 Mark Steuer belasten soll, für durchaus ungerecht und unannehmbar, weil sie die Aermeren und Aermsten am höchsten bedrückt, von den Reichen aber fast garnicht empfunden würde.

Sie spricht den Stadt-Behörden wegen der beständigen Versuche, solch' ungerechte Steuern einzuführen, ihre entschiedenste Mißbilligung aus und verlangt, daß das zur Bestreitung der Gemeinde-Ausgaben nöthige Geld nicht, wie bisher, hauptsächlich von den Armen, sondern von den Reichen genommen werde."

Auf Antrag des Genossen Tutzauer wird beschlossen, letztere Resolution der Stadtverordneten-Versammlung zu unterbreiten, damit dieselbe auf directem Wege von ihr Kenntniß nehme.

Um 2 Uhr wurde die Versammlung mit einem Hoch auf die völkerbefreiende Socialdemokratie geschlossen.

—ch.

*) Auf die Ausführungen selbst kommen wir in einem längeren Bericht in nächster Nummer zurück.

Anm. d. Red.

Gerichtliches.

Rohrleger und Gehilfen. Den Lesern unseres Blattes, soweit dieselben dem „Verein Breslauer Rohrleger und Gehilfen" nahe stehen, wird noch die Scene in der am 3. September v. Js. stattgehabten öffentlichen Versammlung erinnerlich sein, bei welcher das ehemalige Vereinsmitglied, Arbeiter Carl Obiegel, in schreiendem Tone dem Vorstande zurief, daß der Verein von ihm betrogen werde und daß deshalb die zur Herstellung einer Petition (betreffend Aufnahme der Rohrleger in eine höhere Gefahrenklasse) erforderlichen Mittel nicht aufzutreiben seien. Dieser Vorfall, sowie eine längere Zeit vorher von Obiegel in einer Vereins-Versammlung gethane, dem Sinne nach gleichlautende Aeußerung bildeten den Gegenstand eines Strafverfahrens, das heute unter dem Vorsitz des Landgerichtsraths Dr. Felsmann vor der 3. Strafkammer des hiesigen Landgerichts als zweiter Instanz verhandelt wurde. Der Angeklagte hatte nämlich gegen das Urtheil des Königl. Schöffengerichts vom 23.11. 93, durch das er zu einer Geldstrafe von 20 Mk. verurtheilt worden war, die Berufung eingelegt und hiermit die Sache an das Landgericht gebracht.

Er versuchte, wie er es schon in erster Instanz gethan hatte, den Beweis zu führen, daß in der That der Verein in 2 Fällen durch den jetzigen Vorstand (Köhler, Wichenberger, Tanke) widerrechtlich geschädigt worden sei, indem derselbe einmal ohne Vereinsbeschluß Gelder an die „Volkswacht" abgeführt, sodann gelegentlich eines Balles gemeinsam mit 3 [illegible]-Mitgliedern 10,50 Mk. vertrunken habe. Wie nicht anders zu erwarten, mußte ebenso wie früher der Beweis scheitern. Die Verhandlung hatte im Gegentheil das sehr erfreuliche Resultat, daß die Geschäftsführung des Vorstandes als vollkommen tadellos erwiesen wurde.

Gleichwohl hielt der Vertreter des Angeklagten, Herr Rechtsanwalt Hirschberg, die Berufung aufrecht, indem er sie darauf zu stützen suchte, daß der letztere sich in gutem Glauben befunden und zugleich berechtigte Interessen, nämlich seine und der übrigen Vereinsmitglieder Interessen, wahrgenommen und somit keiner strafbaren Handlung sich schuldig gemacht habe.

Der Vertreter des Vereins-Vorstandes, Herr Rechtsanwalt [illegible], wies demgegenüber einmal darauf hin, daß der gute Glaube vor Bestrafung nicht schütze, zumal der Angeklagte das Bewußtsein von dem beleidigenden Charakter seiner Behauptungen gehabt habe, daß es ferner weiter nach dem Ergebniß der Beweisaufnahme keinem Zweifel unterliege, daß der Angeklagte, der kurz vor seiner Aeußerung selbst die Kasse revidirt und sie für richtig befunden hatte, wider besseres Wissen den Vorwurf erhoben habe und deshalb eigentlich nach einem viel strengeren Paragraphen des Strafgesetzbuches als dem in erster Instanz angewandten zu bestrafen wäre. Von einer Wahrnehmung berechtigter Interessen könne keine Rede sein, wo, wie hier, aus der ganzen Art der Aeußerung die Absicht der Beleidigung klar hervorgehe.

Der Gerichtshof schloß sich diesen Ausführungen an, änderte nur aus formalen Gründen das erste Urtheil, weil durch dasselbe nicht allein wegen der öffentlichen, sondern auch wegen der nichtöffentlichen Beleidigung die Befugniß zur Veröffentlichung der Urtheilsformel ausgesprochen worden war. Doch glaubte das Gericht, sich mit der Veröffentlichung im „General-Anzeiger" begnügen zu müssen, während im ersten Urtheil noch die Publikationsbefugniß in der „Volkswacht" vorgesehen war. Es verblieb bei der in erster Instanz erkannten Geldstrafe von 20 Mk., an deren Stelle im Falle der Nichtzahlung eine Gefängnißstrafe von vier Tagen tritt.

Breslau. Für die am 15. d. Mts. beginnende erste diesjährige Schwurgerichtsperiode, in welcher Landgerichtsdirector Hartmann den Vorsitz führen wird, sind folgende Strafsachen zur Verhandlung angesetzt: Montag, den 15ten Januar: Unverehelichte Elfriede Schramm aus Breslau, Meineid, Paul Janke, Zimmergesell aus Breslau, Anstiftung zum Meineide. — Dienstag, den 16. Januar: Heinrich Quicker, Zimmergesell aus Breslau, versuchter Mord, Arbeiter Aug. Böhmer, domicillos, Raub. — Mittwoch, den 17. und Donnerstag, den 18. d. Mts.: Stellenbesitzer Wilhelm Roesler, verehelichte Stellenbesitzer Ernestine Roesler, geb. Gabrich, Wittwe Christiane Roesler, geb. Ruppelt, sämmtlich aus Romolkwitz, Kreis Neumarkt, Mord. — Freitag, den 19ten Januar: Arbeiterfrau Emma Dehmelt aus Breslau, Urkundenfälschung und Betrug, Ida Meiß, geb. Schönfeld aus Breslau, Meineid.

Vereine u. Versammlungen.

Handschuhmacher-Versammlung. Am Sonnabend, den 6. Januar, fand bei Friedrich, Mauritiusplatz eine öffentliche Handschuhmacher-Versammlung statt, in welcher College P. Schmidt über: „Die Krisen, ihre Ursachen, Wirkungen und Beseitigung" sprach. Unter Anderem führte er aus, daß der wirthschaftliche Niedergang in allen Culturstaaten Anlaß zur Socialreform gab. Redner kritisirte dann diese Socialreform, vor Allem das Arbeiterschutzgesetz. Das Letztere werde häufig dadurch illusorisch gemacht, daß Derjenige, welcher Beschwerde führt, einfach entlassen wird. — Redner sprach dann „über die Entwickelung des Handwerks zur Manufactur und zur Großindustrie." Die Folge davon ist die Frauen- und Kinderarbeit, weil diese viel billiger ist. Mit der zunehmenden Arbeitslosigkeit ist ein fortwährendes Sinken der Löhne verbunden, weil die moderne Reservearmee durch ihr Arbeitsangebot einen fortwährenden Druck auf die Löhne ausübt. Durch die anarchischen Zustände nun nehmen die Verbrechen gegen das Eigenthum in erschreckender Weise überhand; die Gefängnisse und Zuchthäuser füllen sich immer mehr und die Folge ist die Degeneration des Volkes. Zur Beseitigung der Krise sind Vorschläge gemacht worden: Die Verkürzung der Arbeitszeit. Das Zahlen höherer Löhne würde die Masse consumfähig machen, die Nachfrage nach Waaren würde dadurch gesteigert werden. Da aber von der heutigen Gesellschaft in dieser Weise nichts zu erwarten ist, so ist es Pflicht eines jeden denkenden Arbeiters sich der Socialdemokratie anzuschließen. Nur dieser wird es vorbehalten sein, die heutige privatcapitalistische Productionsweise in eine gesellschaftliche umzuwandeln, denn nur dadurch wird es möglich, daß jeder Arbeiter in den Besitz des vollen Ertrages seiner Arbeit gelangt! In der Discussion wurde auf den Vorschlag des Gewerkschaftcartells hingewiesen, wonach sich sämmtliche Arbeitslose im Arbeitsnachweisbureau „Neue Weltgasse" melden sollen, um den Herren Stadtvätern zu beweisen, wie nothwendig die Einführung eines städtischen Arbeitsamtes ist. — Dritter Punkt der Tagesordnung: Wahl zweier Delegirten zum Gewerkschaftscartell. Es wurden die vorigen Vertreter wieder gewählt. — Unter Verschiedenem wurde die Localfrage erörtert. Es wurde darauf hingewiesen, daß es wohl möglich wäre, ein eigenes Local zu beschaffen, wenn die Breslauer Arbeiterschaft ihre Pflicht thun würde, um die Sache zu unterstützen. Es wurde ein Antrag angenommen, nach welchem die Handschuhmacher Breslaus der Localfrage sympathisch gegenüberstehen und die Sache nach Möglichkeit unterstützen werden. Inzwischen war folgende Resolution eingelaufen:

„Die heute am 6. Januar 1894 in Friedrich's Local tagende öffentliche Handschuhmacher-Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten vollständig einverstanden. Sie erblickt die Ursachen der wirthschaftlichen Krisen nur in der planlosen privatcapitalistischen Productionsweise, sie findet in den Wirkungen der wirthschaftschaftlichen Krisen eine gewaltige Schädigung der arbeitenden Klasse und erklärt, daß die Beseitigung der wirthschaftlichen Krisen nur durch die Socialdemokratie erfolgen kann, da nur die gemeinschaftliche genossenschaftliche Productionsweise im Stande ist, jedem Mitglied der menschlichen Gesellschaft eine seinen körperlichen Kräften und geistigen Fähigkeiten entsprechende Existenz zu sichern."

Zum Schluß ergriff der Referent noch das Wort und legte den Anwesenden noch an's Herz, fest zur Organisation zu halten; denn nur durch eine feste Organisation ist es möglich, dem Kapital einen Damm entgegenzusetzen.

Musiker-Versammlung. Im Glassalon des Pariser Gartens tagte am Freitag, den 12. d. Mts. eine öffentliche, gut besuchte Musiker-Versammlung, zwecks Berichterstattung und Beschlußfassung über die Musiker-Fachgenossenschaften. Aus den Ausführungen des Referenten Herrn Vogel ist zu entnehmen, daß sich die in dieser Sache eingesetzte Commission, auf Grund reiflicher Erwägungen, von der Gründung einer Fachgenossenschaft durchaus nichts verspricht, am allerwenigsten eine Verbesserung der schlechten Lage der Musiker. Hier könne nur die Beseitigung von der drückenden Concurrenz der Militärkapellen, der königlichen und städtischen Beamten, Lehrern etc., die das Musiciren als Nebenerwerb betreiben und die Preise im Musikergewerbe herabdrücken helfen. Herr Kuban erklärte sich gleichfalls gegen die Bildung einer Fachgenossenschaft für Musiker; wie an der Ausbeutung überhaupt, so wäre auch am Lehrlingswesen dadurch nichts geändert. Es kam sodann nach einer kurzen Discussion folgende Resolution zur einstimmigen Annahme:

„Die heut im Glassalon des Pariser Gartens öffentlich tagende Versammlung der Musiker Breslaus und Umge-

grad erklärt sich gegen die Einverleibung der Musiker in die zu gründende Fachgenossenschaft. Begründung: Da die uns drückende Concurrenz durch Bildung von Fachgenossenschaften weder beseitigt noch vermindert wird, ferner auf dem Gebiete des Lehrlingswesens die zu treffenden Maßregeln nicht geeignet erscheinen, die Ausbeutung der Musikerlehrlinge in einer zum Wohl des Gesammtmusikerstandes notwendigen Weise zu verhindern, mithin eine Verbesserung der Lage der Musiker nicht vorauszusehen ist, so stehen die von den Musikern zu bringenden Opfer an Zeit und Geld zu den etwaigen Vortheilen, wie sie die Fachgenossenschaft nach dem Entwurf bringen könnte, in keinem Verhältniß. Gegenüber der Petition der selbstständigen Musikdirectoren und Stadtmusiker im Regierungsbezirk Magdeburg erklärt die Versammlung auf Grund von Erfahrungen, daß die Ausbeutung von Lehrlingen in Großstädten wie in der Provinz mit verschwindenden Ausnahmen die Gleiche ist. Nach wie vor stehen die Musiker Breslaus auf dem Boden des auf dem vorjährigen Delegirtentage zu Dresden eingebrachten und angenommenen Antrages, welcher den Musikerlehrlingen die Vortheile des Arbeiterschutzgesetzes sichern will. Sollten die Musiker jedoch gezwungen werden, der Fachgenossenschaft beizutreten, so erklärt die Versammlung auf demselben Standpunkt zu stehen, wie er in der vom Localverein in Freiburg i. Br. gefaßten Resolution ausgedrückt ist."

Letztere Resolution kennzeichnet die Gesichtspunkte, unter welchen ev. eine Fachgenossenschaft der Musiker zu bilden wäre. Die Versammlung schloß gegen 6 Uhr.

—ch.

Schlesien.

Achtung!

Ende dieses Monats macht Frau **Greifenberg** aus Berlin eine Agitationsreise durch Schlesien. In Ermangelung von Adressen ersucht hiermit die Unterzeichnete die Genossinnen und Genossen, welche in ihren Orten eine Frauen- oder Volksversammlung mit genannter Referentin abhalten wollen, baldigst an die nachstehende Adresse sich zu wenden.

Fr. A. **Liebetanz**, Colporteurin,
Liegnitz, Dänemarkstr. 40, I.

Haynau, 12. Januar. Kreis-Vicar König aus Bunzlau als Socialistentödter. „Herr, vergieb ihnen, denn sie wissen nicht, was sie thun!" Diesen Satz möchten wir heute Herrn Vicar König zur Beherzigung zurufen. Noch selten ist ein Geistlicher von solchem Haß erfüllt gegen Andersgesinnte, Leute, die in politischer Beziehung eine andere Anschauung als er haben, zu Felde gezogen. Also nur deshalb, weil die Parteiführer der Socialdemokratie über unser heutiges Wirthschaftssystem den Stab gebrochen, das doch wahrhaftig nicht zu Gunsten der Armen und Bedrückten besteht, die breiten Schichten des Volkes aufzuklären suchen, die letzteren endlich zum Bewußtsein gekommen sind, daß es auf dieser schiefen Ebene auf die Dauer nicht mehr so weiter gehen kann, wird die socialdemokratische Partei eine Partei des Umsturzes genannt, die nach Vicar König'schem Muster zu vernichten sei. Mit diesem seinem Ausspruch beweist der geistliche Herr klar und deutlich, daß bei ihm keine Spur von Duldsamkeit und christlicher Nächstenliebe vorhanden, in dieser Beziehung wirft er die Satzungen der katholischen Kirche über Bord. Ginge es nach dem Willen des ehrwürdigen Herrn dann würden nicht nur blaue Bohnen, Verbannung, vielleicht auch die alten verrosteten mittelalterlichen Folterwerkzeuge zur Vernichtung der Socialdemokratie in Gebrauch kommen. Glücklicher Weise leben wir aber nicht mehr in jener grauen Vorzeit und Herr Vicar König ist mit nicht mehr Macht ausgerüstet, wie jeder gewöhnliche sterbliche Mensch. Doch es ist bedenklich, hören zu müssen, wie ein geistlicher Herr gegen seine politischen Gegner Tod und Verderben predigen darf. Der Kampf der Socialdemokratie ist ein rein wirthschaftlicher, er richtet sich nicht gegen Personen, sondern gegen ein System, das zum nicht geringen Theil die Herren Geistlichen, besonders die katholischen, miterzeugt haben. Sie predigen ihren Getreuen Enthaltsamkeit unter Hinweis auf ein besseres Jenseits, während sie schon hier die Gesättigten sind, mithin also in jener besseren Welt nichts mehr zu erwarten hätten. Mit diesem System muß gebrochen werden, wenn das wirthschaftliche Elend nicht noch weitere Kreise erfassen soll. Vor all' dem scheint aber Herr Vicar König nichts zu wissen, ihm ist das Hekuba. Hätte Herr Vicar König z. B. die socialen Schriften des Bischofs Ketteler von Mainz und anderer hervorragender katholischer Socialpolitiker gelesen und studirt, so dürfte ihm schon die Erkenntniß gekommen sein, daß in der socialistischen Bewegung ein gesunder Kern vorhanden, der nur von denen nicht anerkannt wird, die dafür kein Verständniß besitzen. Ob das Letztere auf Herrn König anzuwenden ist, darüber mag derselbe mit sich selbst zu Rathe gehen, wenn er wieder einen Vortrag über die Socialdemokratie zu halten gedenkt. Warum hält der Herr Vicar denn seine Vorträge nur in dem engeren Rahmen der katholischen Gesellen- und Volksvereine, die nur von einer kleinen Zahl von Zuhörern besucht werden? Einfach deswegen, weil er dort keinen Widerspruch nicht zu fürchten braucht! Ihm würde in ganz anderer, sachgemäßer Weise erwidert werden, wenn sich derselbe damit an die Oeffentlichkeit wagen würde. Aber schwarz ist die Nacht und darum verträgt sie nicht das Licht!

Görlitz. Der „Neue Görlitzer Anzeiger" brachte in der Sonnabend-Nummer vom 6. Januar d. J. folgende Notiz:

Fürsorge für Wanderer! In der Verpflegungsstation Kahlerstraße 5 werden jetzt in den kalten Tagen große Töpfe mit warmem Kaffee stets vorräthig gehalten sowohl für die Insassen, welche den ganzen Tag über auf dem Holzhofe arbeiten müssen, wie auch für Wanderer, welche von der Straße hereinkommen. Das Publikum wird daher ersucht, jeden Handwerksbettler ab- und der Station zuweisen. Der Anzeiger glaubt gewiß, damit ist der Nothstand beseitigt und die sociale Frage gelöst. Wir wollen dem „Görlitzer Anzeiger" rathen, einmal Folgendes abzudrucken. Am Freitag wurden in der Actienbrauerei in Görlitz Leute zum Eis in die Keller schaffen angenommen. Es entrollte sich vor unseren Augen was uns mit Grausen erfüllte. Es waren ungefähr **300** Mann erschienen und da man blos 20 bis 30 Mann den ersten Tag anstellte, so drängten und stießen die Arbeiter einander immer zurück, ein jeder wollte der Glückliche sein und angenommen werden. Die Mehrzahl mußte also wieder umsonst zu Hause gehen und man vernahm Klageworte, z. B. sagte der Eine: „Ach, ich habe so lange keine Arbeit und dazu eine kranke Frau" Ein Anderer: „Ich habe fünf Kinder zu Hause und nichts mehr zu essen." So gings fort zu klagen. So wars vor der Actienbrauerei. Bei den anderen Brauereien soll es noch schlimmer gewesen sein. Wirklich ein Trost für einen Arbeiter, der dürftig gekleidet, schon um 6 Uhr bei einer Kälte von 20 Grad hinläuft, in der Hoffnung, ein paar Pfennige zu verdienen, und wenn er eine Stunde vor dem Comptoir gestanden hat, erklärt man ihm, es giebt nichts für ihn. Früher waren zu dieser Arbeit oft wenig Arbeiter zu bekommen, denn der Arbeiter, der zu rechnen versteht und noch nicht ganz in's Elend gerathen ist, weiß, daß er durch diese Arbeit nur Schaden hat. Soll er die 20 Pfennige pro Stunde, die er erhält, auf die Kleidungsstücke oder zur Nahrung verwenden? Namentlich leidet das Schuhwerk sehr bei dieser Arbeit. Wie groß muß also das Elend und die Noth in der Görlitzer Arbeiterschaft Platz gegriffen haben, wenn sich so große Schaaren zu solcher Arbeit bei so geringem Lohn mit Weinen und Klagen anbieten. Und doch sagt man von freisinniger Seite, die Lage der Arbeiter bessert sich und der große Eugen und die Spar-Agnes sind wohlbekannt.

Aus den Nachbarprovinzen.

Rawitsch. Am Sonntag den 7. d. Mts. tagte hier im Local des Herrn Sack die durch die „Volkswacht" bekanntgegebene öffentliche Versammlung. — Genossin K. Lindner erstattete in längeren Ausführungen Bericht über den in Haynau abgehaltenen Parteitag; dieselbe erledigte sich ihrer Aufgabe zur Zufriedenheit der gut besuchten Versammlung. Hieran schloß sich noch eine Agitation für die Verbreitung der Parteizeitungen („Volkswacht" und „Gazeta Robotnicza") und empfahl denen, so noch der Partei fernstehen, sich derselben anzuschließen und neue Mitglieder für dieselbe zu werben, damit jeder zielbewußte Arbeiter theilnehme an dem Befreiungswerk der Arbeiter aus den Fesseln des Capitals.

Sodann fand die Wahl eines Preßcommissions-Mitgliedes statt und wurde Genossin Lindner wiedergewählt.

Folgende Resolutionen fanden darauf einstimmige Annahme:

1. Die heut im Local des Herrn Sack tagende öffentliche Versammlung ist mit allen, auf dem am 31. Dec. 1893 und 1. Januar 1894 abgehaltenen „schlesisch-posenschen Parteitage in Haynau" gefaßten Beschlüssen einverstanden, erklärt: sich an den Agitationsbezirk Breslau anzuschließen und mit aller Energie und den Mitteln des Rechts für die weiteste Verbreitung des Socialismus agitatorisch thätig zu sein, sowie für die immer weitere Verbreitung unserer Parteiblätter Sorge zu tragen.

2. Da der Druck der „Volkswacht" ein sehr mangelhafter ist, indem sehr häufig in einem Worte Buchstaben; oft ganze Silben fehlen und dadurch die Sätze unverständlich oft sinnentstellend sind und die bisherigen Beschwerden einzelner Preßcommissionsmitglieder darüber erfolglos blieben; „fordert die heut im Local des Herrn Sack tagende öffentliche Versammlung" die gesammte Preß-Commission, sowie den Verlag der „Volkswacht" auf „energisch dafür zu sorgen, daß der Druck ein leserlicher und verständlicher werde" da der bisherige Druck auf die Dauer das Fortbestehen dieser Zeitung zu gefährden geeignet ist.*)

Mit einem Hoch auf die völkerbefreiende Socialdemokratie schloß die Versammlung.

Posen. Auf entsetzliche Weise ums Leben gekommen. Am 4. d. M. war der 15 Jahre alte Max Grocholski in Pawlowo Dom. bei Welnau beim Häckselschneiden beschäftigt. Während der aufsichtführende Arbeiter die Häckselmaschine abstellte, um sie zu schmieren und die Messer zu schärfen, begab sich Grocholski in den Raum, in welchem sich die Triebwelle befand, welche noch in Bewegung war. Hier wurde er von der Welle erfaßt und einige Male herumgeschleudert. Noch ehe die Triebwelle zum Stehen gebracht wurde, war Grocholski bereits vollständig zerquetscht. Derselbe lebte noch circa anderthalb Stunden und verschied dann.

---

*) Schon vor einigen Tagen brachten wir eine Notiz daß binnen Kurzem neue Schrift zum Druck der „Volkswacht" verwendet wird und so hoffentlich die Beschwerden aufhören werden.

Standesamtliche Nachrichten.

Vom 12. Januar.

Todesfälle. III. Clara, T. des verst. Arbeiters Hermann Krause, 4 J. 6 Mon. — Meta, T. des Arbeiters Adolf Scheibel, 3 J. 6 Mon. — Helene, T. des Feuerwerksbesitzer Gottlieb Scholz, 1 J. 3 Mon. — Maurer Arthur Bieropke, 40 J. — Futtermann Wilhelm Rieke, 43 J. 9 Mon. — Carl, S. des Kutschers Carl Bade, 2 J. 3 Mon. — Elisabeth, T. des Werkmeisters Carl Gruhn, 6 Wchn. — III. Georg, S. des Arbeiters Oswald Schmidt, 7 Wchn. — Tapezierer Ernst Hentschel, 21 J. — Klempner Robert Trunk, 49 J. — Elisabeth, T. des Schuhmachers Paul Kopale, 1 J. — Hedwig, T. des Arbeiters Otto Kutschke, 3 J. — Strafanstaltsaufseher a. D. Ernst Fiech aus Ratibor, 43 J. — Braumeister Richard Schwade, 40 J.

Vom 13. Januar.

Heiraths-Ankündigungen. I. Kaufmann Johann Schneider, kath., Ritterplatz 6, und Ida Franke, kath., Kohlenstraße 10a. — II. Zimmermann August Granke, evang., Burgfeld 14, und Bertha Gabel, Lehmgrubenstraße Nr. 45. — Comptoirist Traugott Schmidt, evang., Alexanderstraße 33, und Dorothea Kutlaus, evang., Höschenstraße [illegible]. — Victualienhändler Reinhold Selig, evang., Gräbschenerstraße 52, und Mathilde Thiel, kath., hier. — III. Hausdiener Johann Klein, kath., Kleine Scheitnigerstraße 7, und Mathilde Breuer, evang., daselbst. — Königl. Locomotivführer a. D. Julius Ziegler, evang., Lewaldstraße 5, und Dorothea Röckner, geb. Rohr, evang., Fürstenstraße 24.

Eheschließungen. II. Brauer Ferdinand Buchmann, ev., mit Anna Riedel, ev., hier. — Portier Hermann Toprosti, kath., mit Caroline Schuber, kath., hier. — Arbeiter Carl Geiblich, ev., mit Anna Ulban, ev., hier. — Schlosser Paul Hirsch, kath., mit Elisabeth Lippert, evang., daselbst. — II. Bautechniker Robert Baehr, ev., mit Ernestine Hecker, kath., hier. — Zimmermann Paul Förner, evang., zu Durrgoy, mit Anna Schimmel, kath., zu Wolfswinkel. — Kaufmann Josef Maraske, kath., mit verwittwete Auguste Beyer, geb. Warwak, ev., hier. — Werkstattschreiber Traugott Hermann, ev., mit Emilie Wende, ev., hier. — Kutscher Ernst Peiler, ev., mit Emma Damzog, evang., hier. — III. Sattler Carl Reimann, evang., mit Agnes Storch, kath., zu Fürstenau. — Schuhmacher Reinhold Preßgut, evang., mit Marie Siegmund, evang., hier. — Lackirer Richard Ulbrich, evang., mit Clara Baumgart, evang., hier. — Buchbinder Julius Stolz, freirel., mit Anna Fiche, evang., hier.

Geburten. I. Straßenbahn-Conducteur Gustav Jäschke, ev., T. — Messerschmied Julius Richter, kath., S. — Bodenmeister Gustav Wermt, ev., S. — Schuhmacher Richard Klose, ref., S. — Hilfsbremser Paul Schäfer, evg., S. — Kutscher Josef Langer, kath., T. — Tischler Carl Trautvetter, ev., S. — Tischlermeister Adolf Teichmann, kath., T. — II. Militär-Invalide Gustav Pfeifer, ev., S. — Feilenschmied Erdmann Kallert, ev., S. — Arbeiter Wilhelm Schilling, ev., S. — Comptoirist Hugo Thamm, evang., Zwillinge, 2 T. — Schuhmacher Hermann Kaposky, ev., S. — Fleischer August Winkler, ev., T. — Maurer Hugo Bethke, kath., S. — Post-Schaffner Anton Schiller, kath., T. — Rangirer Franz Rossa, kath., T. — Arbeiter Wilhelm Martin, ev., S. — Droschkenbesitzer Wilhelm Hewert, ev., S. — Arbeiter Heinrich Tschirschner, ev., S. — Arbeiter Julius Wilke, ev., T. — Comptorist Gustav Kuran, ev., S. — Sattler August Braue, kath., T. — Ingenieur Witold v. Zakrzewski, kath., S. — III. Wagenlackirer Ernst Burgund, ev., T. — Buchhalter Josef Bukorski, kath., T. — Maurer Albert Kucharz, ev., T. — Arbeiter Carl Martini, ev., T. — Arbeiter Julius Staich, kath., S. — Maurer G. Erbe, evang., S. — Kutscher Max Jonscher, kath., S. — Bäcker Wilhelm Gjuk, evang., T. — Kaufmann Josef Buchmann, kath., S.

Todesfälle. I. Martha, T. des Drechslers Hieronymus Hippe, 2 J. 4 Mon. — Tischlermeisterswittwe Marie Schmidt, geb. Schletzke, 71 J. — Fleischergesellenfrau Bertha Lorenz, geb. Büttner, 32 J. — Schuhmacherwittwe Theresia Kiesewetter, geb. Hellmann, 83 J. — Emma, T. des Arbeiters Richard Biehler, 10 Mon. — Gertrud, T. des Tischlers Adolf Siebert, 4 Mon. — II. Fleischerfrau Clara Franke, geb. Lachmich, 28 J. — Emma, T. des Straßenbahn-Schaffners Albert Scharfenberg, 3 Mon. — Friedrich, S. des Güterbodenarbeiters Wilhelm Schlesinger, 4 Mon. — Max, S. des Kretschmers Carl Fischer, 1 J. — Arthur, S. des Schuhmachermeisters Traugott Schirbel, 3 Mon. — Kohlenhändler August Weiß, 49 J.

Breslau, 14. Januar (Amtlicher Producten-Börsen-Bericht). Roggen (per 1000 Kilogramm) per Januar 123,00 G., Hafer (per 1000 Kilogramm) per Januar 153,00 G. — Rüböl (per 100 Kilogramm) — gekündigt — Ctr., loco, in Qualitäten à 5000 Kilogramm —, per Januar 47,00 B., per April-Mai 47,50 B. — Spiritus per 100 Liter (à 100 pCt.) ohne Faß; excl. 50 und 70 Mark Verbrauchsabgabe, gek. — Ltr., abgelaufene Kündigungsscheine —, per Januar 50er 49,40 G., 70er 30,10 G. Zink ohne Umsatz.

Breslau, 14. Januar. (Breslauer Mehlmarkt.) Weizen-Auszugsmehl per Brutto 100 kg incl. Sack 22,00 bis 22,50 M. — Weizen-Semmelmehl per Brutto 100 kg incl. Sack 20,00–20,50 M. — Weizen-Kleie per Netto 100 kg in Käufers Säcken a) inländisches Fabrikat 8,60–9,00 Mk., b) ausländisches Fabrikat 8,20–8,60 Mk. — Roggenmehl fein per Brutto 100 kg incl. Sack 18,00–18,50. — Futtermehl per Netto 100 Kilogramm in Käufers Säcken: a) inländisches Fabrikat 9,00–9,40 M., b) ausländisches Fabrikat 8,40–9,00 M.

An die Gewerkschaften Breslaus.

Die zur Erledigung der Arbeiten für die bevorstehenden Gewerbegerichtswahlen gewählte Commission ersucht hiermit alle Gewerkschaften, die Aufstellung der Candidaten, welche sie zu Beisitzern des Gewerbegerichts am 14. Februar gewählt wissen wollen, soweit das noch nicht geschehen ist, sobald wie möglich vorzunehmen und Namen, Stand und Wohnung der Candidaten dem Obmann der Commission

Herrmann Hübenett, Steinmetz,
Ohlauerstraße 87, IV.

umgehend bekannt zu geben, damit eine Liste über die vorgeschlagenen Candidaten aufgestellt werden kann.

Ebenso verweist die Commission die Gewerkschaften auf die Empfehlung des Gewerkschaftscartells, wenn möglich 10 Mark zu den Kosten der Gewerbegerichtswahlen zu steuern.

Commission für die Stadtverordneten-Wahlen.

Von Seiten der Commission wird mitgetheilt, daß der Beschluß der Versammlung seitens der Beauftragten ausgeführt worden ist.

Stadt-Theater.
Direction: Dr. Theodor Loewe.
Montag:
Die Jüdin von Toledo.

Lobe-Theater.
Direction: Fritz Witte-Wild.
Montag:
Letztes Gastspiel und Abschieds-Benefiz Marie Reisenhofer.
Zum letzten Male:
„Erlaubte Sünden."
Vorher:
„Cyprienne."
Dienstag:
Bons-Vorstellung II. Serie.
In Vorbereitung:
„Der Herr Senator."

Eine Singer-Nähmaschine steht auffallend billig zum Verkauf bei Salo Freund, Breitestr. 4/5. 1526

Gute solide 1908
Cigarren-Arbeiter
nebst Wickelmacherin
finden nach außerhalb bald gute und dauernde Beschäftigung. Nachrichten unter P. an die „Exped. dies. Blattes".

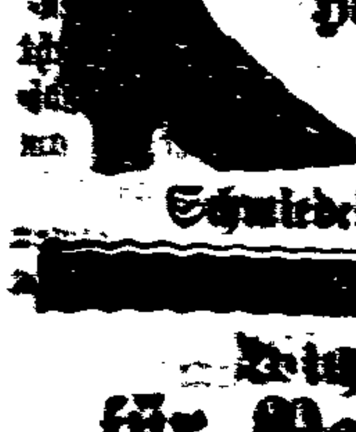
Der wahre Jakob 195
Preis 10 Pf.
Vorräthig bei allen Colporteuren und in der Expedition der „Volkswacht."

Veraltete Hautkrankheiten.
Sprechst.: von 9—1 Vormittags, 3—5 Nachmittags; für Auswärtige den ganzen Tag. Franz Jekel, Breslau, Neudorfstraße 3. 1763

Gelegenheitsk. billiger Möbel,
neu u. gebr., ganze Ausst. sow. einz. in Nußb., Mahag. u. hell, auch Kadent, Pulte, Regale, Schiebeschr. ꝛc. zu spottbill. Preis.
Gold. Radeg. 8, I. 1731

Neu eröffnet! 1895
Abzahlungs-Bazar
auf wöchentliche und monatliche Theilzahlungen
auf Wäsche, Möbel, Uhren etc.
Harrasgasse 6.

Achtung!
Empfehle mich den werthen Parteigenossen zur Anfertigung aller Art Schuhmacher-Arbeit. Billets der Straßenbahnen werden vergütigt. Auch werden Bestellungen per Postkarte entgegengenommen. 1379
P. Thater, Weißgerbergasse 4.


R. Glemnitz
Schuhmacher-Mstr.
empf. sich in großem Lager von 1557
Herren-, Damen- und Kinder-Schuhwerk
zu den billigsten Preisen.
Schmiedebrücke 47.

Einzig für Raucher!
Hochfeine
Cigarren
7 St. 10 Pfg., 100 St. 3 Mk.
empfiehlt
Louis Schröter
Cigarrenfabrik
[illegible] 64, [illegible]
[illegible] 142

Gemeinsame
Partei-Conferenz
für Breslau-Ost und -West.
Mittwoch, den 17. Januar, Abends 8 Uhr, im Lokal „Zu den 3 Tauben, Neumarkt 8."
Tagesordnung: 1. Die Lokalfrage. 2. Maifeier. 3. Verschiedenes.
Die Vertrauenspersonen.

Donnerstag, den 18. Januar cr., Abends 8 Uhr:
Oeffentliche Versammlung
sämmtlicher Breslauer 1913
Rohrleger und Gehilfen
im Saale der „Berliner Weißbierhalle", Berlinerstr. 70.
Tages-Ordnung:
1. Die Gewerbegerichts-Wahlen. Referent: Genosse Neukirch. Aufstellung der Kandidaten zu denselben. 2. Bericht vom Gewerkschafts-Kartell. Wahl der Delegirten zu demselben. 3. Verschiedenes.
In Anbetracht der wichtigen Tages-Ordnung ist es Pflicht, eines jeden Rohrlegers sowie Gehilfen zu erscheinen.
Entrée 10 Pf. Der Einberufer.

Haynau.
Partei-Versammlung.
Mittwoch, den 17. Januar, Abends 8½ Uhr, im Gasthof „Zum goldenen Löwen".
Tages-Ordnung:
1. Rechnungslegung über die Stadtverordnetenwahl.
2. Abrechnung über Sylvesterfeier.
3. Wahl eines Preßcommissions-Mitgliedes.
4. Erledigung interner Parteiangelegenheiten.
5. Verschiedenes.
Die Vertrauensperson.

Illustrirter
Neue Welt-Kalender
für das Jahr 1894.
Inhalts-Verzeichniß.
Kalendarium. Postwesen ꝛc. Ewigkeitskalender. Bevölkerungs-, Militär- und Steuer-Statistik. Rückblick. Messen und Märkte. Im Kreislaufe des Jahres. Auf der Schwelle. Erzählung von Irma von Troll-Borostyáni (mit Illustrationen) Flora Germanica. Von Hoffm. von Fallersleben. Die Einheitszeit. Von Dr. H. Lux [mit Zeitkarte]. Wohnungselend, Proletariersterblichkeit und Seuchengefahr. Von Dr. Ad. Braun. Auf dem Holzweg. Humoreske von Victor Lenz (mit Illustration). Pulver und Blei. Von Wilhem Liebknecht (mit Illustration). Der Ozean. Von Oswald Köhler (mit Illustration). Aus der Geschichte der ersten Heim-Kolonie Robert Owens. Von Ed. Bernstein (mit Illustrationen). Sibirien. Gedicht von Otto Ernst. Bakterien und Bakterienkrankheiten. Von Dr. W. S. (mit Illustrationen). Genug. Gedicht von Franz Diedrich. Wider Wind und Wellen. Erzählung von Elise Langer (mit Illustrationen). Wer soll der Botschaft da noch glauben? Gedicht von Robert Seidel. Fliegende Blätter. Für unsere Räthsellöser. Fleckenvertilgungstabelle.
Hierzu vier Kupfer: Die Steinbrecher — Liebe und Arbeit — Oberbayrischer Gebirgsbauer — Der Liebling — Ein Wandkalender.
Zu beziehen durch die „Expedition der Volkswacht" und alle Colporteure.

Soeben erschien:
Illustrirte Weltgeschichte für das Volk
mit besonderer Berücksichtigung der Kulturentwicklung
dargestellt von
J. G. Vogt.
4 Bände à 25 Hefte in wöchentlichen Lieferungen à 10 Pfennige.
Die erste Weltgeschichte, welche von Marxistischer Geschichtsauffassung ausgehend, den Zusammenhang der Begebenheiten, die treibenden Mächte in der Weltgeschichte, das Warum alles geschichtlichen Geschehens und vor Allem die wirthschaftlichen Lebensbedingungen, die Aufgaben und Verdienste des Volkes behandelt; keine Geschichte der Fürsten und großen Männer, sondern der Menschheit.
Illustrationen und Ausstattung des Werkes vorzüglich!
Illustrirte Prospecte gratis. Probehefte stehen gerne zu Diensten.
Bestellungen hierauf nimmt entgegen das gesammte Trägerpersonal der Volkswacht, sowie die Expedition dieses Blattes.

Billigste Bezugsquelle für Cigarren!
Offerire in nur guter Qualität und bei [illegible] Lieferung:
Sumatra-Cigarren,
vorzüglich brennend, in 1/10 Kisten 2,00 Mk., 2,50 Mk. u. 3,00 Mk.
Sehr emerk. Mischungen in 1/10 Kisten 3 Mk. und 4 Mk.
Feinster Felix-Brasil per 1/10 Kiste 4,50 bis 6,00 Mk.
Geschnittenen und ungeschnittenen Knaster billigst.
Cigarren-Fabrik F. Lampke vorm. I. Kirschner,
Fabrik und Hauptgeschäft:
Breslau, [illegible] 11, am [illegible]
Filialen: [illegible] 1, Hummerei 35, [illegible] 4, [illegible] Neu eröffnet: Schmiedebrücke 47. 1370

Gekrönte Häupter.
Nr. 1: Katharina II. v. Rußland, } conf. gewesen u. wieder freigegeben.
„ 2: August der Starke von Sachsen. }
„ 3: Papst Alexander VI.
„ 4: Carl Leopold von Mecklenburg.
„ 5: Ludwig XIV. von Frankreich.
„ 6: Philipp II. von Spanien.
Preis pro Nummer 20 Pfg.
Zu beziehen durch die Expedition der Volkswacht.

Soeben ist erschienen und durch die Expedition der „Volkswacht", sowie durch alle Colporteure zu beziehen:
Sammlung socialistischer Jugendschriften.
Hans Röder's Abenteuer.
Von Theobald Werra.
32 Seiten mit 15 vorzüglichen Illustrationen. — Preis 10 Pfennige.
Jeder Partei-Genosse kaufe diese schöne Erzählung, die zum ersten Male in der Jugendlitteratur dem socialistischen Gedanken Rechnung trägt. Diese Schrift ist geeignet, in die Herzen der heranwachsenden Generation den socialdemokratischen Geist zu pflanzen und den Keim zu jenem Kampfesmuth zu legen, der den Proletarier allein den Weg zu seiner Befreiung eröffnen kann.

Der Handwerker- und Arbeiter-Notizkalender
für das Jahr 1894.
Inhalts-Verzeichniß:
Kalendarium.
Das neue Wuchergesetz
Ueber Alters- u. Invaliditätsrenten.
Multiplikations-Tabelle.
Tabelle zur Berechnung der Altersrente.
Tabelle zur Berechnung der Invaliditäts-Rente.
Militärausgaben des deutschen Reiches vom Jahre 1872—1893.
Indirecte Steuern und Zölle im deutschen Reich.
Steigerung der Hauptzölle von 1878 bis 1891.
Zollergebnisse der einzelnen Artikel 1891.
Die Einwohnerzahl der größten Städte Deutschlands nach der letzten Volkszählung.
Zinsberechnungs-Tabelle (auf 1 Monat und auf 1 Jahr.)
Auszug aus dem Gerichtskosten-Gesetz.
Auszug aus d. Gebühren-Ordnung für Gerichtsvollzieher
Auszug aus d. Gebühren-Ordnung für Rechtsanwälte.
Post- und Telegraphen-Tarif für Deutschland und das Ausland.
Lohn-Tabelle.
Münzgewichte in Deutschland.
Maaß- und Gewichtstabellen.
Münzwesen für Deutschland und das Ausland.
Papiergeld.
Gesetz, betr. die Unterstützung von Familien der zu Friedensübungen einberufenen Mannschaften.
Specielle Vorschriften zum Schutze der Arbeiter gegen Gefährdung der Gesundheit in Fabriken, deren Betrieb mit besonderer Gefahr verbunden ist. (A. Gesetz betr. die Anfertigung von Zündhölzern. B. Bekanntmachung, betr. die Einrichtung und den Betrieb der Bleifarben- u. Bleizuckerfabriken.)
Einnahme- und Ausgabe Tabellen.
Schreibpapier mit Datum für Tages-Notizen.
Der Kalender wurde wiederum in zwei Qualitäten hergestellt.
Die I. Qualität (in sogenanntem Bädeker-Band, weich und doch kräftig) kostet 75 Pfg. II. Qualität, einfache Ausgabe, solid ausgestattet, 50 Pfg.
Zu beziehen durch die
Expedition der „Volkswacht".

Aus
Leben und Wissenschaft.
Gesammelte Vorträge und Aufsätze
von
Dr. Arnold Dodel.
Ordentl. öffentl. Professor an der Universität Zürich.
Erste Lieferung:
Bauer, Arbeiter u. Wissenschafter.
Drei gemeinverständliche Vorträge gehalten im Vereinshaus des deutschen Arbeiter-Bildungs-Vereins in Zürich.
2. Lieferung:
Conrad Deubler,
der oberösterreichische Bauern-Philosoph.
Vom Weib.
Seine soziale Stellung und seine Befähigung.
Ueber die ältere Natur-Betrachtung und die neue Natur-Betrachtung.
Preis pro Band 75 Pf.

Th. Winter,
14 Große Groschengasse 14
empfiehlt
ein Lager fertiger Herrenstiefel und Gamaschen 1797
zu billigsten Preisen.
Nur Handarbeit.

Vereins-Kalender.

Breslau.
Kranken-Unterstützungs-Bund der Schneider Deutschlands. (E. H. Braunschweig). Jeden Dienstag Abends 8 Uhr: Kassenabend im Gasthaus „zum roten Löwen", Kupferschmiedestraße 21. — Gäste willkommen. Aufnahme neuer Mitglieder.

Gesangverein der Steinsetzen. Jeden Dienstag, Abends ½8 Uhr: Uebungsstunde unter tüchtigem Dirigenten in Zabel's Lokal, Kleine Groschengasse No. 15.

Deutscher Schneider-Verband Jeden Dienstag Abends 8 Uhr: Kassenabend im Gasthaus „zum roten Löwen", Kupferschmiedestraße 21. — Gäste willkommen. Aufnahme neuer Mitglieder.

Paradeur-Verein der Schuhmacher. Jeden Dienstag nach dem 1. und 15. jeden Monats: Versammlung in Leopold's Restauration, Hummerei 52. Aufnahme neuer Mitglieder.

Verantwortlich für [illegible], Feuilleton, Kleine Nachrichten: Reinhold [illegible]; — für den übrigen redakt. Theil: Otto Friedrich; — für den Inseratentheil: G. [illegible] — Redaction: [illegible] 14c, — Expedition: [illegible] 61. Verlag von [illegible] & Co.; — Druck von [illegible] — sämmtlich in Breslau.